

Stand: 27.07.2024 03:27:11

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/22082

"Haushaltsplan 2022; hier: Wohnraum Mangelware: Massive Aufstockung der Wohnraumförderung! (Kap. 09 04 Tit. 863 69)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/22082 vom 31.03.2022
2. Beschluss des Plenums 18/22188 vom 06.04.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 111 vom 06.04.2022 (EPL 9)



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Natascha Kohnen, Annette Karl, Ruth Müller, Martina Fehner, Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Haushaltsplan 2022;

hier: Wohnraum Mangelware: Massive Aufstockung der Wohnraumförderung!
(Kap. 09 04 Tit. 863 69)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 09 04 wird die Verpflichtungsermächtigung 2022 im Tit. 863 69 (Darlehen des Landes für die Wohnraumförderung gemäß dem Landesrecht BayWoFG) von 355.000,0 Tsd. Euro um 645.000,0 Tsd. Euro auf 1.000.000,0 Tsd. Euro erhöht.

Einerseits soll damit die Reduzierung der Wohnraumförderung in Höhe von 140.000,0 Tsd. Euro durch den Wegfall der Eigenmittel der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt für Darlehen des Landes für den Wohnraumbau nach dem Bayerischen Wohnraumförderungsgesetz (BayWoFG) kompensiert werden.

Zum anderen ist es aufgrund der anhaltenden Wohnraumknappheit in weiten Teilen Bayerns sowie aufgrund der stark gestiegenen Baukosten notwendig, dass die Mittel für den Bau von Wohnungen kurzfristig massiv aufgestockt werden und diese Förderung auch in den kommenden Jahren auf hohem Niveau verstetigt wird.

Begründung:

Ausgerechnet in Zeiten von knappem und teurem Wohnraum werden die „bayerischen“ Mittel im Entwurf des Haushaltsplans der Staatsregierung um über 20 Prozent deutlich reduziert. Im Vergleich zu den Vorjahren fehlen zunächst 140 Mio. Euro in Form von Eigenmitteln der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt für Darlehen des Landes für den Wohnraumbau nach dem BayWoFG.

Dabei wäre für die Staatsregierung genau das Gegenteil, nämlich eine deutliche Erhöhung der gut nachgefragten Mittel, geboten. Die neue Bundesregierung unter Bundeskanzler Olaf Scholz hat den wachsenden Handlungsbedarf bei der Schaffung von bezahlbaren Wohnungen erkannt. Die Bundesregierung wird die Unterstützung für die Bundesländer in Höhe von einer Milliarde Euro an Bundesmitteln fortsetzen und durch eine weitere Milliarde im Rahmen des Klimapakets für klimagerechte Sanierungen ergänzen – diese Mittel des Bundes sind in der Nachschubliste der Staatsregierung bereits ausgewiesen. Anstatt aber diese Wohnbauoffensive der neuen Bundesregierung zu unterstützen, plant die Staatsregierung das Gegenteil, sie reduziert die finanziellen Anstrengungen des Freistaates deutlich.

Dieser Änderungsantrag will erreichen, dass das Engagement des Freistaates bei der Wohnraumförderung deutlich zunimmt. Neue Bundesmittel sollen nicht im Gegenzug

vom Freistaat eingespart werden, sondern zusätzlich für die Wohnraumförderung in Bayern zur Verfügung stehen.

Der Bedarf an bezahlbaren Wohnungen in Bayern steigt weiter. Die Bodenpreise steigen ins Unermessliche, die Mieten sind vielerorts kaum mehr leistbar. In Bayern besteht eine Unterversorgung mit Wohnraum. Auch aufgrund der dramatischen Lage in der Ukraine und aufgrund der hohen Zahl von Geflüchteten, die in Deutschland bereits Schutz suchen und aufgrund der anhaltenden Kriegshandlungen noch Schutz suchen werden, wird sich dieser Bedarf sogar noch erhöhen. Schon deutlich mehr als 100 000 Geflüchtete aus der Ukraine befinden sich in Bayern, was aktuell schon einem Bedarf von mehr als 30 000 Wohnungen entspricht. Rund die Hälfte dieses Bedarfs müsste laut Schätzungen durch Neubau gedeckt werden.

Auch das Bauen selbst wird in Bayern immer teurer. Der Baupreisindex bildet die Preise auf Bauleistungen am Bauwerk einschließlich Mehrwertsteuer ab. Über viele Jahre ist dieser Wert in Bayern jährlich um 3 bis 5 Prozent gestiegen. Unter diesen Entwicklungen leiden besonders die kommunalen oder gemeinwohlorientierten Bauunternehmen, die bezahlbaren Wohnraum schaffen und ihren Bestand entsprechend bezahlbar halten wollen und hierfür auf die Mittel aus der Wohnraumförderung angewiesen sind. Die Finanzmittel der bayerischen Wohnraumförderung bilden die Preisentwicklung der vergangenen Jahre nicht ab. Neben einer Erhöhung der Finanzmittel muss die Staatsregierung begleitend auch ein System etablieren, das die aktuellen Kostenentwicklungen beim Bauen für die Förderungen (durch neue Fördersätze und Kostenobergrenzen etc.) mitberücksichtigt. Die SPD-Fraktion hat hierfür kürzlich auf Drs. 18/17076 („Weil Bauen immer teurer wird: Finanzmittel für Wohnraumförderung anpassen“) einen Vorschlag in den Landtag eingebracht.

Fazit: Der rasche, zahlreiche und unbürokratische Bau von Wohnraum ist das Gebot der Stunde. Die Bauträger müssen dafür von der Staatsregierung jegliche Unterstützung erhalten! Die Staatsregierung muss fähig und willens sein, regulierend in den bayerischen Wohnungsmarkt einzugreifen: Ziel muss sein, bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen, Bautätigkeit zu fördern, Kommunen wirkungsvoll zu unterstützen und eine Wohnungspolitik zu betreiben, die sich der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet fühlt.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Änderungsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Natascha Kohnen, Annette Karl, Ruth Müller, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Arif Tasdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/22082

Haushaltsplan 2022;

hier: Wohnraum Mangelware: Massive Aufstockung der Wohnraumförderung!
(Kap. 09 04 Tit. 863 69)

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Thorsten Schwab

Abg. Sebastian Körber

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Klaus Adelt

Abg. Dr. Markus Büchler

Abg. Manfred Eibl

Abg. Katrin Ebner-Steiner

Abg. Inge Aures

Abg. Josef Schmid

Abg. Ursula Sowa

Abg. Hans Friedl

Staatsminister Christian Bernreiter

Abg. Jürgen Mistol

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Haushaltsplan 2022

Einzelplan 09

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/21064 und 18/21065)

Interfraktioneller Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drsn. 18/21034)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/20834 mit 18/20855)

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/20951 mit 18/20963 und 18/20965 mit 18/20968)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/20691 und 18/20693 mit 18/20702)

Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/20733 mit 18/20755)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Natascha Kohnen, Annette Karl u. a. und Fraktion (SPD)

(Drs. 18/22082)

Zum Antrag auf Drucksache 18/22082 wurde von der SPD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt. Der Antrag wurde Ihnen vorab elektronisch übermittelt.

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat auch hier 45 Minuten. Die Redezeiten sind Ihnen mittlerweile bekannt. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 18/20837, die AfD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 18/20967 und die SPD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 18/20694 namentliche Abstimmung beantragt haben. Zudem hat die AfD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 18/20958 einfache Abstimmung beantragt. Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Thorsten Schwab von der CSU-Fraktion.

Thorsten Schwab (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute den Etat des Ministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr. Der Einzelplan 09 ist von seinem Volumen her nicht der größte Einzelplan. Die Themen im Geschäftsbereich Wohnen, Bau und Verkehr sind aber Schlüsselthemen, die für gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land von großer Bedeutung sind. Auch für den Klimaschutz werden in diesem Haushalt wichtige Weichen gestellt.

Insgesamt stehen im Jahr 2022 Ausgabemittel in Höhe von 4,69 Milliarden Euro zur Verfügung. Das ist fast eine viertel Milliarde mehr als im Jahr 2021 und entspricht einer Erhöhung um 5,6 %. Es gibt große Herausforderungen für Stadt und Land. Wir müssen Synergieeffekte nutzen, Ballungsräume gestalten und den ländlichen Raum attraktiv und lebenswert erhalten. Das ist unser Grundsatz.

Wohnraum in den Städten ist knapp und teuer. Auf dem Land herrscht zum Teil Leerstand. Der öffentliche Nahverkehr in den Städten ist oft überlastet. Immer mehr Menschen ziehen in Ballungsräume. Im ländlichen Raum geht laut Prognose die Einwohnerzahl vor allem im Norden und im Osten Bayerns zurück. Das vorhandene ÖPNV-Angebot wäre dann noch weniger ausgelastet.

Weiterhin müssen wir die Attraktivität des ländlichen Raums und des ÖPNV stärken. Dazu müssen wir Wohnraumförderung, Leerstandsmanagement und Flächensparen zusammenbringen. Eine Aufwertung des ländlichen Raums mit der gleichzeitigen Nutzung aller Möglichkeiten des Arbeitens zuhause bringt automatisch eine Entlastung des Verkehrs in den Ballungszentren mit sich.

Durch die Städtebauförderung unterstützen wir unsere Städte und Gemeinden sehr effektiv bei der Weiterentwicklung, um damit der Landflucht entgegenzuwirken. Gleichzeitig wird der Zuzug in die Städte gebremst. In kleinen Gemeinden greifen die Dorferneuerungsprogramme, die im Haushalt des Landwirtschaftsministeriums eingestellt sind. Gleichwertige Lebensverhältnisse für Stadt und Land, die Schaffung von Wohnraum, der Erhalt und Ausbau der Infrastruktur von den Radwegen über Straßen bis zur Schiene und zum Luftverkehr sind Bestandteile dieses Haushalts. Damit wird Zukunft gestaltet.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Bezahlbarer Wohnraum ist die wichtigste soziale Frage der Gegenwart. 50 % der Menschen in Bayern leben im Eigenheim, 50 % zur Miete. Deshalb werden wir den Wohnungsbau in Bayern auch mit unseren eigenen Wohnungsbaugesellschaften vorantreiben.

Über die BayernHeim GmbH wird heute in BR24 berichtet. Ja, die BayernHeim hat ihre Anlaufzeit gebraucht. Der enorme Anstieg der Baupreise, der Fachkräftemangel, der Mangel an Bauflächen und der Materialmangel erschweren die Schaffung von Wohnraum. Jetzt aber ist die BayernHeim auf einem guten Weg. Sie hat knapp 3.500 Wohnungen im Bestand, im Bau, in Planung und in der Entwicklung. Deshalb muss man bei allem Respekt vor dem Bayerischen Obersten Rechnungshof jetzt schon sagen, dass der Bericht, der der Berichterstattung zugrunde gelegt wird, alte Zahlen enthält. Deshalb, meine lieben Damen und Herren von der Opposition – ich meine, dass vor allem der Vertreter der FDP hernach noch ein paar Worte dazu sagen wird –, kann man sich den Theaterdonner ersparen, denn die BayernHeim ist auf dem Weg und alles braucht einfach seine Zeit.

Mehr Wohnraum zu schaffen, ist unser großes Ziel in Bayern. Die Novelle der Bayerischen Bauordnung macht Bauen einfacher, digitaler, schneller und nachhaltiger. Auch mit der Verstetigung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau leisten wir dazu

einen großen Beitrag. Hierbei ist uns nachhaltiges Bauen sehr wichtig. Bauen mit Holz ist ein wichtiger Bestandteil der bayerischen Klimastrategie. Deshalb haben Bau- und Forstministerium eine gemeinsame Holzbauförderrichtlinie auf den Weg gebracht. Mit Staatsminister Christian Bernreiter haben wir einen erfahrenen Politiker an der Spitze des Bauministeriums. Gemeinsam werden wir diese große Aufgabe anpacken.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Es ist wahrlich eine große Herausforderung; denn für den Wohnungsbau werden Flächen benötigt, egal, ob in der Stadt oder auf dem Land. In der Stadt sind die Preise hoch, im ländlichen Bereich werden womöglich weitere Flächen versiegelt. Die Baupreise sind rapide gestiegen. Manche Baustoffe haben lange Lieferzeiten. Architekten, Planer und Baufirmen sind personell am Limit. Überall herrscht Fachkräftemangel, auch in unseren Bauämtern. Hohe Baustandards steigern die Preise, verkomplizieren alles und bringen leidige Verzögerungen in alle Projekte. Wichtige Infrastrukturprojekte werden auch oft durch lange Planungszeiten und Verschärfungen im Naturschutzrecht verzögert.

Nun zu den Haushaltszahlen im Einzelplan 09: Erfreulich ist, dass mit dem Mehr an Ausgabemitteln wichtige Akzente gesetzt werden können, für die es nach meiner Auffassung breiten Konsens gibt. Der Bewilligungsrahmen in der Wohnraumförderung erhöht sich gegenüber dem Regierungsentwurf um 15,6 Millionen Euro auf 864,2 Millionen Euro. Der Bund hat seine Mittel im Vergleich zum Vorjahr 2021 von 155,6 Millionen Euro auf 311,2 Millionen Euro quasi verdoppelt. Weggefallen sind allerdings die bisherigen Eigenmittel der Landesbodenkreditanstalt für staatliche Wohnraumförderung in Höhe von 140 Millionen Euro. Aber auch ohne die Mittel der Bayern-LaBo können die tatsächlich geförderten Projekte mit einem Stand von 3.000 Bewilligungen aufrechterhalten werden.

Der Bewilligungsrahmen des Bayerischen Städtebauförderprogramms wurde im Haushaltsjahr 2022 um 62 Millionen Euro reduziert. Grund ist nicht etwa die mangelnde Un-

terstützung für unsere Kommunen, sondern die zu erwartende geringere Anzahl an Bewilligungsanträgen. Ein Haushalt richtet sich nun einmal immer nach dem Bedarf. Es ist davon auszugehen, dass in den Folgejahren auch das Vorjahresniveau wieder erreicht wird, wenn der Bedarf wieder steigt. Der Gesamtbewilligungsrahmen für die Städtebauförderung liegt 2022 bei rund 316 Millionen Euro und wird somit auf gutem Niveau fortgesetzt.

Für den Schienenpersonennahverkehr sind die Haushaltsmittel stabil. Im Rahmen der Regionalisierungsmittel stehen entsprechend den steigenden Bundeszuweisungen Ausgabemittel in Höhe von 1,45 Milliarden Euro zur Verfügung; das entspricht einem Plus von 31,6 Millionen Euro gegenüber 2021. Im öffentlichen Personennahverkehr steigt der Haushaltsansatz: Für ergänzende Maßnahmen im ÖPNV sind Ausgabemittel in Höhe von 80 Millionen Euro vorgesehen. Für das 365-Euro-Jugendticket werden erstmals Ausgabemittel in Höhe von 80 Millionen Euro bereitgestellt.

Die Mittel für den Straßenbau werden auf gleichbleibend hohem Niveau fortgeführt. Für den Um- und Ausbau sowie die Bestanderhaltung der Staatsstraßen stehen 350 Millionen Euro Ausgabemittel sowie 175 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung. Der Straßenbau ist vor allem im ländlichen Bereich sehr wichtig; das will ich noch sagen. Diesen Hinweis möchte ich vor allem an die Fraktion der GRÜNEN richten. In unseren Dörfern und kleinen Städten fährt nämlich keine U- oder S-Bahn; hier fährt der ÖPNV in Form von Bussen und anderen innovativen Bedienformen auf der Straße.

(Zuruf)

Der Ausbau dient der Sicherheit der Verkehrsteilnehmer. Die Ortsumgehungen, die gebaut werden, entlasten die Bürger vom Verkehr. Ein Sonderprogramm "Stadt und Land", eine Radoffensive Bayern, die Errichtung von E-Ladesäulen an staatlichen Dienstgebäuden und Mittel für den Donauausbau runden diese Infrastrukturmaßnahmen ab.

Das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr ist ein Schlüsselressort für viele Zukunftsthemen. Wie leben und wohnen wir in Zukunft? Wie gestalten wir eine klimafreundliche und bezahlbare Mobilität? – Mit dem Einzelplan Wohnen, Bau und Verkehr stellen wir die Weichen für viele dieser Herausforderungen. Es bleibt eine Mammutaufgabe, der wir uns stellen werden. Herzlichen Dank an dieser Stelle an unseren neuen Minister Bernreiter, insbesondere aber auch an seine Vorgängerin Kerstin Schreyer, die diesen Etat auf den Weg gebracht haben. An dieser Stelle möchte ich auch noch den Kolleginnen und Kollegen im Ministerium und in der gesamten Staatsbauverwaltung danken. Es ist bemerkenswert, was in diesen schwierigen Zeiten geleistet wird, und verdient unser aller Dank.

(Beifall bei der CSU)

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Einzelplan sowie zu den Änderungsanträgen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Die Änderungsanträge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der AfD, der SPD und der FDP lehnen wir ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Schwab, es haben sich drei Meldungen zu Zwischenbemerkungen aufgetan. – Die erste kommt vom Kollegen Sebastian Körber von der FDP-Fraktion.

Sebastian Körber (FDP): "Die BayernHeim sollte sich entsprechend ihrer Zielsetzung darauf konzentrieren, Wohnraum neu zu schaffen, anstatt Wohnungen aufzukaufen, die bereits den Bestimmungen der staatlichen Wohnraumförderung unterliegen." – Kollege Schwab, das ist dem Bericht des Obersten Bayerischen Rechnungshofs entnommen. Vielleicht sollte man diesen einmal ausführlich durchlesen. Auf gut Deutsch heißt es, dass sich lediglich die Eigentümerstruktur ändert; die Wohnungen sind ja schon da. Ich muss Sie leider korrigieren: Aktuell gibt es 234 Wohneinheiten, die sich im Eigentum der BayernHeim befinden und auch sozusagen genutzt, also gemietet werden können. Das war's. Das war alles; mehr ist es nicht.

Markus Söder hat in seiner letzten Regierungserklärung noch im Jahr 2020 2.000 Wohnungen eingefordert und angekündigt, dass sie bis zu diesem Zeitpunkt errichtet worden sind; bis 2025 sollen es ja 10.000 sein. Von der Vorgängerin von Herrn Bernreiter haben wir so ein lächerliches Diagramm bekommen, wo man sich fern jeder wissenschaftlichen Grundlage irgendwie Wohnungen herbeiwünscht. Ich frage Sie deshalb; Ihr Minister hat geantwortet; ich hoffe, er redet dann auch noch; ich stelle ihm die Frage auch gerne noch einmal:

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Sebastian Körber (FDP): Was sagen Sie denn dazu? Das kann ja wohl nicht wahr sein! Da hat Markus Söder krachend seine Ziele verfehlt. Oder werden die Wohnungen wirklich noch gebaut? Haben Sie andere Kenntnisse als wir und der Rechnungshof?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Schwab, bitte schön.

Thorsten Schwab (CSU): Vielen Dank. – Lieber Sebastian, als Architekt bist du ja Praktiker. Sicherlich wirst du in deiner Laufbahn als Architekt jegliche geplanten Gebäude in der korrekten Bauzeit abgewickelt haben. Ähnlich ist es auch mit der BayernHeim.

(Zuruf)

– Ich kann mir nicht vorstellen, dass alles pünktlich fertig geworden ist. Gerade bei einer Wohnungsbaugesellschaft wie der BayernHeim gibt es natürlich eine Anlaufzeit; das ist ja ganz logisch. Um Wohnungen neu zu bauen, braucht man erst einmal Grundstücke. Man kann sich ja vorstellen, wie es im städtischen und ländlichen Bereich beim Grundstückserwerb ist; auch im ländlichen Bereich verkauft keiner so einfach Grund und Boden. Das kann man sich ja vorstellen, gerade, wenn man aus der Branche stammt. Ich habe vorhin in meiner Rede erwähnt, dass die BayernHeim auf

einem guten Weg ist. Lassen wir jetzt der BayernHeim einmal eine gewisse Zeit, um das Thema voranzubringen. Jede Wohnungsbaugesellschaft muss in der Anfangszeit erst einmal Kapital investieren,

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Schwab, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Thorsten Schwab (CSU): um am Ende etwas einzufahren.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Sie haben weitere Gelegenheiten zu sprechen. – Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Abgeordneten Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Kollege Thorsten Schwab, Sie haben vorher vom Staatsstraßenbau mit 350 Millionen Euro gesprochen. Ich bin schon jahrelang in der Kommunalpolitik tätig. Wir haben eine große Umgehungsstraße, bei der sich die Landtagspräsidentin Ilse Aigner immer wieder einschaltet. Seit 2004 sind 30 Projekte in der Dringlichkeitsstufe 1; seit 2015 ist die Gemeinde Feldkirchen-Westerham auch dabei. Für die Umgehungsstraße wird bei uns mit ungefähr 50 bis 150 Millionen Euro kalkuliert, je nachdem, wie viele Tunnel man einbaut. Halten Sie den Staatsstraßenbau mit 350 Millionen Euro wirklich für ausreichend finanziert, wenn es in der Dringlichkeitsstufe 1 einen Stau von 20 Jahren gibt?

Thorsten Schwab (CSU): Die gängige Ortsumgehung kostet nicht 100 Millionen Euro; davon gehe ich einmal aus. Mehrerer solcher Projekte in der Preislage, wie Sie es geschildert haben, blockieren sicherlich alles, und dann reichen die 350 Millionen Euro nicht aus. Wir hatten in den Jahren ab 2004 einen zu niedrigen Ansatz im Haushalt. Aber wenn wir den Staatsstraßenhaushalt weiterhin mit 350 Millionen Euro fortführen, dann können wir wahnsinnig viel aufholen und Projekte, die noch im Rückstand sind, einholen. Staatsstraßen zu bauen hat natürlich auch mit Blick auf die Genehmigung eine lange Vorlaufzeit. Ich weiß das, weil ich selber ziemlich nahe an einer Staatsstraße wohne. Zehn Jahre sind gar nichts von der ersten Planung bis zum Baubeginn. Für

die 350 Millionen Euro können wir bei den steigenden Baupreisen – das ist der Wertstropfen – immer weniger Straßenkilometer bauen. Das ist auch richtig.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Klaus Adelt von der SPD gemeldet.

Klaus Adelt (SPD): Herr Kollege Schwab, die Kürzung der Fördermittel für die Städtebauförderung um 60 Millionen Euro halte ich für eine schlechte Entscheidung. Sie sagen, es wurden keine Mittel abgerufen. Sie sollten aber fragen, warum die Mittel nicht abgerufen worden sind; das wäre eigentlich die richtige Frage. Die Bürgermeister landauf und landab fordern Maßnahmen im Rahmen der Städtebauförderung. Es sind genügend im Köcher. Das Problem ist, dass an den Regierungen qualifiziertes Personal fehlt. Die suchen Personal händeringend und würden sofort einstellen, wenn sie denn welches hätten. Deshalb meine Bitte: die Förderverfahren vereinfachen, mehr Personal an die Regierungen. Noch ein Tipp: Die Förderoffensive Nordostoberfranken war relativ unkompliziert und hat ganz hervorragende Wirkungen gehabt. Wir wären dankbar, wenn diese Förderoffensive fortgesetzt werden würde.

(Beifall bei der SPD)

Thorsten Schwab (CSU): Also, 62 Millionen Euro weniger für die Städtebauförderung in diesem Haushalt sind natürlich schmerzhaft. Wenn aber weniger Anträge da sind, dann brauche ich in diesem Jahr weniger Mittel im Haushalt. Das weiß jeder Gemeinderat oder ehemalige Bürgermeister: So ein Haushaltsplan ist die Fortschreibung des Vorjahreshaushaltes. Das wird in den nächsten Jahren auch wieder angehoben, damit man zumindest wieder zum alten Stand kommt. Wenn Anträge schneller bearbeitet werden, dann habe ich auch nichts dagegen. Wie Sie aber schon richtig gesagt haben, wenn Mitarbeiter eingestellt werden sollen, man aber auf dem Markt keine findet, dann ist das ein allgemeines Problem. Im Prinzip war die Antwort schon in der Frage enthalten.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Markus Büchler von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Als ich den Haushaltsentwurf zum ersten Mal angeschaut habe, war ich doch ziemlich überrascht, nicht wegen des Inhalts des Verkehrshaushaltsteils, zu dem ich jetzt spreche – da steht nicht allzu viel Neues drin –, sondern wegen der vielen Mittel für den Verkehr, die Sie in das Corona-Investitionsprogramm ausgelagert haben. Ich meine die 75 Millionen Euro für ÖPNV-Infrastruktur, die 35 Millionen Euro für Bahn-Reaktivierungen, die 25 Millionen Euro für die Luftreinhaltung. Das geht alles in die richtige Richtung, aber wir brauchen dieses Geld doch nicht nur einmal, nicht nur in einem einmaligen Corona-Investitionsprogramm, sondern jedes Jahr, dauerhaft. Deswegen müssen diese Mittel dauerhaft im Verkehrshaushalt verankert werden. Sie müssen aufgestockt werden und zusätzlich in den Verkehrshaushalt hinein, in den Einzelplan 09, wenn wir Politik machen wollen für weniger Staus, für bessere und saubere Busse und Bahnen und für sichere Fuß- und Radwege, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin gespannt, ob Sie das Geld, das Sie hier zusätzlich und einmalig in das Corona-Investitionsprogramm hineingeschrieben haben, auch wirklich real ausschütten werden oder ob es auch hier bei der üblichen Söder'schen Ankündigungspolitik bleibt, wie zum Beispiel beim 365-Euro-Ticket für alle. Es ist schon April, und viele Projekte haben einen langen Vorlauf. Deswegen bin ich echt gespannt, ob zum Beispiel die Stadtwerke Würzburg tatsächlich Geld für die Erneuerung ihrer Trambahn bekommen oder ob wir im Landkreis München, wo ich Kreisrat bin, tatsächlich Geld für die sauberen, emissionsfreien Busse bekommen, die wir dutzendweise bestellen, und ob die Betreiber der Bahnen, die gerne Strecken reaktivieren würden, jetzt tatsächlich Geld bekommen, ob sie tatsächlich endlich einmal Geld überwiesen bekommen für neue Gleise, Weichen und Signale, damit zum Beispiel die Hesselbergbahn, die Staudenbahn, die Ilztalbahn und wie sie alle heißen, reaktiviert werden können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben bei Bus und Bahn einen riesigen Rückstau an verschlafenen Investitionen. Jahrzehntlang wurde von der Verkehrspolitik in Bayern viel zu wenig gemacht. Den Rückstau müssen wir auflösen. Ebenso gilt das für den Ausbau sicherer Radwege. Da ist keine Zeit zu verlieren, da brauchen wir sehr viel Geld, jedes Jahr Geld und mehr Geld, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb drängen wir mit unseren Änderungsanträgen zum Beispiel auf Planungssicherheit, indem man eine Verstetigung in die Verpflichtungsermächtigungen aufnimmt. Und wir wollen für die Kommunen höhere ÖPNV-Zuweisungen anstelle dieses riesigen Bergs von Geld für den Straßenbau, den Sie weiter bereitstellen und damit unser schönes Bayern immer weiter zubetonieren. Es ist doch klar, dass unsere Kommunen auf dem Land bisher keinen gescheiterten ÖPNV bezahlen können. Rosenheim ist Ihnen beim Alpenbus ausgestiegen, Landshut ist bei der MVV-Ausweitung ausgestiegen. Beides sind Söder'sche Ankündigungsprojekte. Im Wahlkampf gscheit daherreden ist leicht. Dann aber die Kosten auf die Kommunen schieben und selbst Straßen bauen? – So wird das nichts! Wir müssen aufhören mit dem Straßenbau und die Mittel umschichten für Bus, Bahn, Fuß und Rad.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie schon, wie wir in den Ausschussberatungen festgestellt haben, leider auch dieses Jahr wieder alle unsere Änderungsanträge ablehnen, so bleibt doch unsere Hoffnung, dass Sie unsere guten Vorschläge beim nächsten Mal berücksichtigen. Vielleicht könnten Sie doch unseren kleinsten Änderungsantrag für den Verkehrsbereich annehmen. Ich hoffe doch, wenigstens dafür können Sie sich noch erwärmen. Es geht darum, erstmals den Fußverkehr aufzunehmen. Der Fußverkehr und die Fußgänger*innen kommen kein einziges Mal auf den paar Tausend Seiten vor. Andere Länder sind da viel aktiver. Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen betreiben eine akti-

ve Förderung von sicheren Fußwegen, von Verkehrsberuhigung innerorts für die Kommunen. Dafür haben wir erstmals einen kleinen Haushaltsbeitrag eingestellt. Nehmen Sie doch wenigstens den an.

Meine Damen und Herren, wir brauchen mehr Mittel für den Fußverkehr und ebenso für Rad, Bus und Bahn. Das wollen wir im Haushalt fest und dauerhaft verankern, damit auch unsere Kommunen fachkundig und kofinanziert für Verkehrsberuhigung sorgen können, damit wir in Bayern vorwärtskommen bei der Verkehrssicherheit, gerade auch für die Kinder und die Senior*innen, damit wir mehr Lebensqualität und mehr Mobilität in unseren Städten und Ortschaften schaffen können.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Manfred Eibl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Büchler, Sie reden von mehr Geld, von immer mehr Geld, doch Sie wissen, Geld ist endlich. Wir müssen schauen, wie wir die vorhandenen Haushaltsmittel, das Geld, angesichts der vielfältigen Aufgaben richtig einsetzen. Ich glaube, wir sind dabei auf einem sehr, sehr guten Weg.

Verkehre der Zukunft in Zeiten der Mobilitätswende: Der Ausbau sowie die Entwicklung integrierter und vernetzter Mobilität – und hier sage ich, insbesondere in ländlichen Räumen und Regionen – sind ein hohes Gut, sowohl für die Bevölkerung als auch für die Wirtschaft, die wir mitdenken. Unter dem Credo "Mobilität neu denken" wurden und werden in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit den Betroffenen vor Ort, mit Wirtschaft und Politik, immer ausgerichtet auf einen co-kreativen Prozess, beispielgebende und übertragbare Konzepte erarbeitet, die maßgeschneidert vernetzte Mobilität bezahlbar machen und vor allem sicherstellen sollen. Nur so können wir verzahnte, leistungsfähige und vor allem effiziente Zentren sowie einen attraktiven und zukunftsfähigen ländlichen Raum dauerhaft sicherstellen, um damit, wie heute schon

angeklungen, vorherrschenden Abwanderungstendenzen der Landbevölkerung entgegenzuwirken. Zahlreiche Landkreise in ländlichen Regionen haben über Jahrzehnte hinweg den ÖPNV nur auf die Bedarfe des Schulverkehrs ausgerichtet. Nun findet auch dort momentan ein großes Umdenken statt. Der Freistaat fördert mit großer Intensität die Erstellung von integrierten Nahverkehrs- und Verbundkonzepten. Mobilität endet eben nicht an den Landkreisgrenzen.

Im Zuge einer konsequent auf den Umweltschutz ausgerichteten Mobilitätswende spielt eine Verlagerung des Personenverkehrs auf die Schiene für uns eine entscheidende Rolle. Neben dem vom Bund beschlossenen Deutschlandtakt zwischen den Zentren muss aber auch der ländliche Raum konsequent und zeitnah mitgenommen werden. Hierfür bietet sich für Teilbereiche eine Reaktivierung von Bahnstrecken an, weil für diese wesentlich leichter zu realisierende Voraussetzungen gegeben sind als für kostenintensive Neubaustrecken. Unser politischer Ansatz führt mit Augenmaß hin zu einer in weiten Teilen emissionsfreien Mobilität. Allein in Bayern haben wir bei Reaktivierungen über 50 potenzielle Strecken mit einer Gesamtlänge von circa 900 Kilometern zu diskutieren. In zahlreichen Bundesländern laufen ähnliche Diskussionen. Die genannten, nicht im SPNV betriebenen Strecken befinden sich in unterschiedlichen Zuständen, meine Damen und Herren. Diese reichen von vollwertig befahrenen Strecken mit zum Beispiel Güterverkehr oder touristischen Verkehren über stillgelegte, aber erhaltene Strecken bis zu völlig abgebauten Strecken. Stets haben wir FREIE WÄHLER uns für eine Erweiterung der Reaktivierungskriterien eingesetzt, die anstatt harter Grenzen der reisenden Personen pro Kilometer pro Werktag Möglichkeiten für interessierte Regionen eröffnen, Reaktivierungen nicht nur anzuschieben und zu fordern, sondern auch umzusetzen.

In diesem Sinne wurde ein Vier-Säulen-Modell als Grundlage für eine dauerhafte und zukunftsweisende Lösung konzipiert. Zur Umsetzung werden im Haushalt 2022 erstmals – ich betone erstmals – zusätzliche Landesmittel in Höhe von 35 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Dies ist ein entscheidender und – wie ich meine – wichtiger

Schritt. Um jedoch die dauerhafte Finanzierung zu gewährleisten, ist eine deutliche Aufstockung der Regionalisierungsmittel des Bundes hierfür zwingend notwendig. Bayern und die übrigen Bundesländer können diese Aufgaben und Forderungen nicht alleine bewältigen.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei unserem Koalitionspartner bedanken, insbesondere bei unserer Staatsministerin a. D. Kerstin Schreyer und bei meinem Kollegen Jürgen Baumgärtner. Gemeinsam haben wir nicht nur Forderungen aufgestellt, sondern Konzeptpapiere entworfen, die nun als Grundlage für eine weiterhin erfolgreiche Umsetzung dienen sollen. Vernetzte verkehrsträgerübergreifende Mobilität ist unser Ansatz und unser Ziel. Lassen Sie uns gemeinsam daran weiterbauen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Eibl. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Katrin Ebner-Steiner von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident Söder ist wie ein kaputtes Düsentriebwerk. Er produziert eine Menge Lärm und heiße Luft, aber kaum Schub, sodass nicht wirklich etwas vorangeht. 10.000 neue staatliche Wohnungen hatte er den Bürgern bis 2025 versprochen. Bis jetzt gibt es nur ein paar Hundert. Der Bestand an Sozialwohnungen in Deutschland ist in den letzten zwanzig Jahren unter Regierungsbeteiligung der CSU auf nur noch ein Drittel gesunken. Das ist ein katastrophales Zeugnis für Ihre Wohnungsbaupolitik im Allgemeinen! Die Bayerische Landesbodenkreditanstalt sieht einen Nachholbedarf von fast 390.000 Wohnungen sowie einen Neubaubedarf von über 940.000 Wohnungen bis 2034. Gerade bei der Schaffung von günstigem Wohnraum für Einkommensschwächere hat die Bayerische Staatsregierung bisher versagt.

Auch der Bayerische Oberste Rechnungshof hat Ihnen jüngst Ihre Baupolitik um die Ohren gehauen. 600 Millionen Euro wurden jährlich für die Förderung kommunaler Baumaßnahmen ausgegeben, wobei – Zitat – zahlreiche Förderverfahren nicht anhand der Vorgaben und damit zu lax angegangen worden seien. Die Folge sei ein enormer Finanzierungsstau von 350 Millionen Euro, so der ORH. Er kritisiert zudem, dass die Wohnungsbaugesellschaft BayernHeim binnen drei Jahren – Zitat – noch keine Wohnung selbst geschaffen habe. Stattdessen habe sie nur wenige Wohnungen erworben, die ohnehin errichtet worden wären.

Wir fordern einen neuen gesonderten Fördertopf über 145 Millionen Euro zur Zuschussung und Gründung von Wohnungsbaugenossenschaften sowie eine ergänzende Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 95 Millionen Euro. Wir müssen auslaufende Sozialbindungen verlängern, das Wohngeld erhöhen und den Wohnungsbau durch einen dauerhaft reduzierten Mehrwertsteuersatz sowie die Befreiung des sozialen Wohnungsbaus von der Grunderwerbsteuer stärker ankurbeln.

(Beifall bei der AfD)

Entscheidend ist die Beschleunigung und Verbilligung des Wohnbaus. Die einkommensorientierte Förderung ist hier am effizientesten und die beste Hilfe für Einkommensschwächere. Daher fordern wir eine Erhöhung der EOF-Mittel um knapp ein Drittel von derzeit rund 46 Millionen Euro auf 60 Millionen Euro. Die migrationsgetriebene Zunahme der Bevölkerung in Bayern wirkt sich dabei weiter auf den Wohnungsmarkt aus und führt zur Verknappung des Angebots bei gleichzeitig steigenden Preisen. Eine verantwortungsvolle Wohnungspolitik beginnt bereits an Deutschlands Grenzen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Inge Aures von der SPD-Fraktion.

Inge Aures (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Aller guten Dinge sind drei, besagt ein Sprichwort. Gemeint sind Sie, sehr geehrter Herr Minister Bernreiter, der dritte Minister in dieser Amtsperiode. Auf Sie sind viele Aufgaben zugekommen. Der Haushalt trägt sicher die Handschrift Ihrer Vorgängerin. Nichtsdestoweniger müssen Sie das, was Sie von Ihren "Vätern" ererbt haben, mit Ehren übernehmen. Daher sind Sie jetzt gefordert.

Zunächst einmal möchte ich mich aber bei den Kolleginnen und Kollegen für das gute Miteinander im Ausschuss bedanken. Heute haben Thorsten Schwab, Manfred Eibl und andere gesprochen. Ich denke, wir versuchen immer, Lösungen über Parteigrenzen hinweg zu finden. Das ist gut und richtig so.

Nichtsdestoweniger liegt einiges im Argen. Mich hat ebenso wie meine Kollegin, die wohnungsbaupolitische Sprecherin Natascha Kohnen, ein Brandbrief der oberfränkischen Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften erreicht. 51 Unternehmen mit circa 50.000 Wohnungen haben einen Brandbrief an den Ministerpräsidenten geschrieben mit der Bitte, die Wohnraumförderung aufzustocken. Wir haben hier natürlich ein Problem; denn in der Bayerischen Verfassung steht, und das möchte ich Ihnen ins Stammbuch schreiben, Herr Minister: "Die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden." Bitte nehmen Sie sich dieser Aufgabe an; denn wir in Oberfranken sind verzweifelt. Der Spagat zwischen den hohen Baukosten, den steigenden Kreditzinsen und dem niedrigen Mietniveau, das wir haben, können wir nicht mehr leisten. Deshalb brauchen wir eine planbare Förderkulisse, die nicht immer nur auf Projekte begrenzt ist. Bitte nehmen Sie sich dieser Sache an!

(Beifall bei der SPD)

Trotz steigender Baukosten und fehlender Fachkräfte – das haben wir heute schon in allen Bereichen gehört, auch beim Ressort Wirtschaft – müssen wir die Klimaschutzmaßnahmen der Zukunft und die Sanierung der Baustellen auf Vordermann bringen.

Deshalb ist es absolut notwendig, ein Zeichen im Staatshaushalt zu setzen. Wir haben gefordert, dass der Freistaat die Landesmittel aufstockt. Wir sind nicht zu unverschämt; denn auch wir können Haushaltspläne lesen und wissen, wie man Haushalte gestaltet. Wir haben gesagt: Macht Verpflichtungsermächtigungen! Das belastet zwar für die Zukunft, aber man hat eine Handlungssicherheit. – Das haben Sie leider nicht getan.

Im Wohnungsbau sind viele Baustellen offen, das möchte ich feststellen, unter anderem – wir haben es gerade gehört – bei der BayernHeim. Hierzu möchte ich heute auf den Beitrag in BR24 verweisen. Dort wurde alles gesagt, was Herr Kollege Körber auf den Weg gebracht hat.

Ich frage Sie, Herr Minister: Wo ist der Plan der CSU und der FREIEN WÄHLER für den Verkehr, die Elektrifizierung und die Reaktivierung? Wo geht es hin? Die neueste Masche ist jetzt immer, mit dem Finger auf den Bund zu zeigen. Sie fordern zwar stets, es muss etwas getan werden, aber der Bund soll zahlen. Zuvor war es immer anders. Als die CSU noch mitregiert hat, hat keiner auf den Bund geschaut, sondern man hat immer groß auf den Putz gehauen. Was haben die CSU-Minister denn gemacht? – Herr Ramsauer, Herr Dobrindt, dann kommissarisch Herr Kollege Schmidt und Herr Scheuer. Seit 2009 waren dies 150 Monate unter CSU-geführten Verkehrsministerien, die ein Chaos hinterlassen haben. Das muss man einfach sagen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt 50 Millionen Euro in Strecken zu verbauen, sind Peanuts. Da ist mehr Geld nötig. Wir wissen auch nicht, wohin das Geld fließen soll. Man hat uns nicht mitgeteilt, wie die Mittel verstetigt werden usw.

Die Krönung ist jetzt, dass die Kioske an den Bahnhöfen schließen und dort keine Tickets mehr gekauft werden können. Der absolute Renner ist aber, dass Ticketautomaten abgebaut werden, weil man die Wartungskosten sparen will. So sieht die Realität der CSU und der FREIEN WÄHLER aus.

Ich gehe weiter zum 365-Euro-Ticket. Jetzt ist in Erlangen-Nürnberg etwas passiert. Ich dachte zuerst, es ist ein Aprilscherz: Ein Semesterticket für 207 Euro, das nur 2,07 Euro gekostet hat! Für die Studierenden ist das natürlich grandios. Dies zeigt aber auch, dass so einiges im Argen liegt und selbst Regionen wie Nürnberg, Erlangen und Fürth dringend Tickets für 365 Euro bräuchten. Aber auch hier sagt unser neuer Minister bereits: Alles schön und gut, aber der Bund soll zahlen. Die Forderung ist "Null für Neunzig" statt "Neun für Neunzig". Das ist alles unrealistisch.

Auch das Rad- und Mobilitätskonzept sowie die Radgesetz-Entwürfe von uns und das der GRÜNEN sind abgelehnt worden. Das ist natürlich bitter; denn da hat der Ministerpräsident großspurig beim Parteitag verkündet, und dazu gibt es sogar CSU-Parteitagsbeschlüsse von 2019, dass sich hier etwas tut. Aber anscheinend hört ihr bei der CSU trotzdem nicht auf eure eigenen Leute. Ich denke, die werden euch schon selber mal die Leviten lesen, wenn sich da jetzt nichts tut; denn die Zeit ist jetzt schnell herum. Die Wahl ist nächstes Jahr.

Wir haben gerade gehört, was im Argen liegt. Ich möchte mal die Ministerialen und die Angestellten in den Ämtern loben. Sie machen wirklich eine schwere und große Arbeit; aber sie können natürlich nichts dafür, dass sie bei den Anträgen absaufen und dass kein Personal da ist. Ich habe eine Anfrage gestellt: In den letzten fünf Jahren waren die Stellen in den Bauämtern nur zu 85 % besetzt. Allein im letzten Jahr waren 214 Stellen nicht besetzt. Ich frage Sie: Wie sollen die hinterherkommen und die Anträge bearbeiten? – Da müssten Sie sich mal eine Vereinfachung überlegen. Da können Sie Zeichen setzen, wie man das besser machen kann; einfach mal mit den Bürgermeistern draußen reden, die vor lauter Papierkram nicht mehr zu ihrer richtigen Arbeit kommen.

Das will ich Ihnen ins Stammbuch schreiben, Herr Minister: Klimaschutz und Nachhaltigkeit sollen nicht nur Worthülsen sein, sondern diesen Reden müssen jetzt auch Taten folgen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Nächster Redner ist der Kollege Sebastian Körber von der FDP-Fraktion.

Sebastian Körber (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Entwurf des Einzelplans 09 ist wirklich eine tolle Sache, wenn man mal wieder nicht schlafen kann. Bereits beim ersten Überfliegen wurden meine Augen immer schwerer; 234 Seiten – ironischerweise genau die Anzahl der Wohnungen, die die BayernHeim wirklich besitzt –, durchzogen von einer Mischung aus Monotonie und Altbackenem, Altbekanntem der letzten Jahre. CSU und FREIE WÄHLER nennen das "kontinuierlich". Man kann auch sagen "einfallslos, träge, völlig ambitionslos".

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Einzige, was in diesem Ministerium für Wohnen, Bau und Verkehr dynamisch ist, ist die vakante Stelle des Ministers; denn da haben wir jetzt schon den vierten an der Zahl. Da kann man doch gar keine Handschrift erkennen. Ich habe sie nicht gefunden. Wie denn auch? – Da muss man sich mal lustig 100 Tage einarbeiten und kann angeblich nichts machen. Dann kommt der nächste Minister und dann der übernächste.

Ich kann Ihnen aber sagen, welche Handschrift man ein bisschen herauslesen kann; das ist die des nicht anwesenden Bayerischen Ministerpräsidenten. Ich habe wirklich Respekt vor Olaf Scholz als Bundeskanzler, der sich auch direkt vom Parlament befragen lässt. Man sollte demokratietechnisch mal darüber nachdenken, liebe Kollegen von den Regierungsfractionen, warum sich denn der Ministerpräsident unseren Fragen immer entzieht. Aber kein Problem, ich gebe Ihnen einmal vier Beispiele für die Kontinuität in diesem Haushalt.

Erstens. 100 % WLAN-Ausstattung im Nahverkehr bis 2020.

Zweitens. 2.000 Wohnungen der BayernHeim bis 2020.

Drittens. 20 % Radverkehrsanteil am Modal Split bis 2025.

Viertens. Eine baldige Vervierfachung der PV-Anlagen auf staatlichen Dächern.

Das ist die Kontinuität, die wir im Haushalt haben. Das sind die leeren Versprechungen des Bayerischen Ministerpräsidenten aus dem Bereich Wohnen, Bau und Verkehr. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir in Franken sagen dazu: Ein Sprüchbeutel hat gesprochen.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte schlaglichtartig mal zwei Themen herausgreifen, überraschenderweise das Prestigeprojekt aus dem Wohnungsbereich, das Prestigevorhaben des Ministerpräsidenten. Es reduziert sich auch alles auf dieses Thema. Es kommt ja wirklich nichts, null, niente, was mit Bauen und Wohnen zu tun hat, nach diesem Bauordnungsnovellchen. Da ist es eben dieses Prestigeprojekt BayernHeim. Ich möchte jetzt weniger auf die Fakten bzw. Details eingehen; aber darauf, dass Sie sich mit einer Pressemitteilung heute Morgen hinstellen, Herr Minister, und sagen – ich zitiere daraus wörtlich –:

Die pauschale Kritik des Bayerischen Obersten Rechnungshofs an der BayernHeim geht an der Realität vorbei.

Also, das ist schon ziemlich dreist und verwegen, den Bayerischen Obersten Rechnungshof derart hinstellen zu wollen. Schauen Sie sich doch mal die Zahlen an. Das sind Versprechungen aus Ihrem Koalitionsvertrag. Das sind Versprechungen des Ministerpräsidenten aus dem Jahr 2020. Das sind doch die Fakten, die auf dem Tisch des Hauses liegen und die überall nachzulesen sind. Dazu sagen Sie, das geht an der Realität vorbei. Also lesen können wir schon noch, und ich glaube beim Bayerischen Obersten Rechnungshof kann man zumindest noch lesen, was Sie hier verschriftlichen.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bleibe bei unserer Forderung. So kommen wir mit der BayernHeim nicht voran. Unsere Forderung als FDP ist ganz klar die Liquidierung der BayernHeim. Hier findet eine Steuergeldverschwendung statt. Sie haben es gelesen: Da werden Mietflächen für die Büroflächen der BayernHeim leerstehen gelassen. Sie können nachlesen, was die BayernHeim so alles macht. Gewerbeflächen hier in München, knapp 930 m², stehen seit Jahren leer und sind nicht vermietet. Der Steuergeldschaden summiert sich mittlerweile auf Millionen, was man allein dort an Defizit hat. Sie konnten es heute Morgen im Radio hören: Die Verlustvorträge zum Ende des Jahres 2020 sind 7 Millionen Euro.

Herr Minister, da müssen Sie doch wirklich die Reißleine ziehen. Geben Sie das Geld bitte denen, die das können! Geben Sie es den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften! Sie kommen doch aus der kommunalen Familie, Herr ehemaliger Landrat. Geben Sie es bitte den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, den kirchlichen, den Genossenschaften, der privaten Wirtschaft. Raus mit den Fördergeldern, rein in die Zuschüsse des Freistaats! Sie können damit hier jederzeit die Bundesmittel, die wir bekommen, aufstocken. Die können nämlich bezahlbaren Wohnraum schaffen. Die können auch bauen. Der Freistaat kann es nicht. Der Staat war schon immer der schlechtere Unternehmer.

(Beifall bei der FDP)

Ich werde noch ein zweites Beispiel für Sie herausgreifen. Die Immobilien Freistaat Bayern ist auch in Ihrem Haus anhängig, Herr Bernreiter. Da brauchen wir ganz dringend eine Reform. Sie konnten heute Morgen den Dilettantismus beim Apple-Standort hier in München nachlesen. Sie können den Dilettantismus bei der Projektierung der neuen Fläche der Landesbank nachlesen; außerdem noch das Deutsche Museum in Nürnberg. Was da offenkundig für ein Schaden für den Steuerzahler entstanden ist, werden wir, glaube ich, auch bald vom Bayerischen Obersten Rechnungshof zu hören bekommen. Ich bin mal gespannt, wie da Ihre Kritik aussieht, Herr Minister. Sie müssen das Ganze ja dann vertreten. Ihr Ministerpräsident wird sich kaum nach vorne

stellen. Da ist er, glaube ich, schnell abgetaucht und hat sicherlich irgendetwas Wichtiges einzufordern, wo er ein schönes Foto oder Bild produzieren kann.

Weil meine Redezeit leider zu Ende ist, muss ich auf unsere Änderungsanträge verweisen, denen man natürlich allen schön zustimmen muss. Die sind nämlich sehr clever und sehr gut, und Kollege Eibl findet das auch.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Josef Schmid von der CSU-Fraktion.

Josef Schmid (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann der Kollegin Aures mal zustimmen: Wir haben eigentlich im Ausschuss ein sehr gutes Klima, wenngleich heute die innere Befindlichkeit des Vorsitzenden Körper so ein bisschen in eine andere Richtung schlägt – sehr aufgewühlt, sehr aufgeregt.

(Zuruf)

Da muss man jetzt schon einiges zum Thema BayernHeim sagen. Vorweg sage ich auch ein Wort zum Obersten Rechnungshof. Es mag sein, dass da große Experten sitzen, wenn es um das haushalterische Nachprüfen geht, um das Berechnen von irgendwelchen Zahlen. Aber vom Wohnungsbau hat der Rechnungshof jetzt nicht wirklich die allergrößte Ahnung, meine Damen und Herren, und Sie, die Sie Kritik an BayernHeim üben, auch nicht. Ich sage das, was ich im Ausschuss schon oft gesagt habe; aber ich muss es hier wiederholen, damit es auch die Kolleginnen hören, die nicht im Ausschuss sind, und damit es auch das bayerische Volk vielleicht irgendwie mitbekommt: Es ist völlig falsch zu sagen, dass in der BayernHeim überhaupt nichts passiert ist. Die BayernHeim ist vor drei Jahren gegründet worden. Wenn man alles zusammenzählt, Wohnungen und das, was auch im Baurecht auf den Weg gebracht

ist, sind es 3.460 Einheiten. Meine Damen und Herren, das ist für drei Jahre wirklich nicht schlecht.

(Beifall bei der CSU)

Was ist denn eigentlich Tatsache? – Tatsache ist, dass zum Beispiel die beiden städtischen Wohnungsbaugesellschaften in München – – Ich darf über München reden, weil ich von dort komme und weil der Kollege Schwab auch schon etwas zum ländlichen Raum gesagt hat, ohne dass Frau Aures wieder sagt: Der redet immer nur von München. – Lassen Sie mich über München reden, weil wir da einen besonderen Wohnungsdruck haben. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften GWG und GEWO-FAG kaufen reihenweise Projektentwicklungen von anderen zu, weil in München nach den Grundsätzen zur sozialgerechten Bodennutzung bis Mitte letzten Jahres bei jeder größeren Projektentwicklung 40 % geförderter Wohnungsbau gemacht werden mussten. Das macht ja der Private gar nicht. Da hat er sich natürlich der städtischen Gesellschaften bedient. Da sagt aber keiner: Das darf nicht in die Bilanz einfließen. – Natürlich fließt das in die Bilanz ein.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

In München gibt es jetzt eine Neuerung. Mal schauen, ob das klappt. Seit letztem Jahr werden 60 % geförderter Wohnungsbau gefordert. Glauben Sie denn, dass die Städtischen das alleine schaffen? – Das ist ein Betätigungsfeld für die BayernHeim, und meines Wissens ist die BayernHeim hier auch kräftig unterwegs. Das ist veritabler, geförderter Wohnungsbau zum Wohle der Bevölkerung, die dann zu noch erschwinglichen Preisen Wohnungen bekommen wird.

(Beifall bei der CSU)

Dann haben wir ein Grundsatzproblem. Da haben Sie überhaupt keine Antwort gegeben. Wo sind denn eigentlich die Flächen? Wo haben Sie denn beispielsweise im Bal-

lungsraum Landeshauptstadt München die großen Flächen, die für den Wohnungsbau zur Verfügung stehen?

(Zuruf: Haidhausen!)

Es gibt sie nicht. Das nächste Thema ist die Dauer von Bauleitplanverfahren. In München brauchen Sie für einen Bebauungsplan im Schnitt sieben Jahre. Ich kann Ihnen von einer kreisfreien Stadt im Münchener Umland erzählen. Da dauert der Bebauungsplan jetzt schon acht Jahre, weil es eine Hochwasserproblematik gegeben hat. Dann nenne ich Ihnen noch eine andere Stadt, in der es keine Hochwasserproblematik gegeben hat: fünf Jahre.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Schmid, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Josef Schmid (CSU): Wenn Sie sich das einmal vor Augen führen, dann stellen Sie fest, dass wir auf einem guten Weg sind. Das werden wir in den nächsten Jahren sehen. Die Schaffung von Baurecht dauert länger, vor allem im Großraum München.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Schmid.

Josef Schmid (CSU): Deswegen sind 3.460 Wohnungen ein Erfolg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt zwei Meldungen zu je einer Zwischenbemerkung. Die erste kommt vom Abgeordneten Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

Franz Bergmüller (AfD): Lieber Kollege Beppe Schmid, springen wir mal von der BayernHeim, deren Rechtfertigung den Rest deiner Redezeit aufgefressen hat, zur Ukraine-Situation. Wir haben letztens darüber diskutiert, was mit dieser hinsichtlich des Wohnraums auf uns zukommt. Ich führe mir vor Augen, was wir beim letzten Mal über ein Planfeststellungsverfahren zur Beschleunigung beim Rad- und Gemeindever-

kehrstraßenbau im Plenum hören konnten. Wenn man jetzt den Ukraine-Konflikt und deine Aussage – – Die Situation in der Ukraine bedeutet, dass Flüchtlinge zu uns kommen, die wir unterbringen müssen. Wenn wir das jetzt mit einer Planungszeit von sieben Jahren betrachten, dann frage ich dich: Wo ist die Initiative? Und: Wo siehst du Potenzial, dass man diese Bauplanungszeit verkürzt? Wir müssen sie doch jetzt drastisch verkürzen, vor allem, um in die Höhe zu bauen. Wir hatten doch den Konflikt in München mit dem Sonderstatus Gartenstadt usw.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Bergmüller, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Franz Bergmüller (AfD): Wo siehst du das Potenzial, um hier zu beschleunigen und in die Höhe zu bauen?

Josef Schmid (CSU): Für diese Frage bin ich sehr dankbar, weil das Potenzial zur Beschleunigung für das Bebauungsplanverfahren ganz klar beim Bund liegt. Die neue Bundesregierung, der ja die SPD, die GRÜNEN und die FDP angehören, hat es sich zum Ziel gesetzt, diese Verfahren drastisch zu verkürzen. Ich freue mich schon auf die weitere Diskussion mit dem Kollegen Körber im Ausschuss – er nickt – über die Frage, wie das gelingen wird. Ich hoffe, dass es uns gelingt; denn es ist dringend erforderlich. Das Potenzial ist da. Allein die Bundesregierung muss hier Vorschläge unterbreiten.

Ich bin auch gespannt: Vielleicht schafft es die Bundesregierung, die noch vorhandenen großen Flächen mal wirklich preisgünstig vielleicht auch dem Land oder der Bayernheim zur Verfügung zu stellen. Der Bund hält die letzten großen Konversionsflächen in und um München. Das sind nämlich die Kasernengelände. Da spielt noch Musik. Dann gibt es beispielsweise noch den Fliegerhorst Fürstenfeldbruck. Wir sind gespannt, was die Bundesregierung macht, die gesagt hat: Darauf liegt ein großer Schwerpunkt: 400.000 Wohnungen im Jahr. Wir sind gespannt, was wir von ihr erwarten dürfen. Wir haben alle Erwartungen an die Bundesregierung, weil bei ihr die Kompetenz liegt und bei ihr die Musik spielt.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Sebastian Körber von der FDP gemeldet. Herr Körber, bitte schön.

Sebastian Körber (FDP): Herr Kollege Schmid, Sie sind selber in der Wirtschaft tätig und fachkundig. Deswegen mal eine klare Frage. Sie haben recht: Seit drei Jahren gibt es die BayernHeim GmbH. Sie schreibt Ende 2020 einen Verlustvortrag von knapp über 7 Millionen Euro. Sie hat aktuell 234 Wohneinheiten im Bestand. Mehr gibt es nicht. Das kann man schwarz auf weiß nachlesen. Der Oberste Rechnungshof führt das ausgiebig auf. Meine Anfragen haben das auch belegt. Glauben Sie denn wirklich, dass die BayernHeim als Unternehmen – der Geschäftsführer spricht immer davon, dass er mit jedem Projekt eine schwarze Null schreiben will – mit den großen leerstehenden Gewerbeflächen, mit den eigenen leerstehenden Büroflächen, mit diesem riesigen Steuerzahlerschaden jemals in der Lage sein wird, das Ziel des Ministerpräsidenten zu erreichen, bis 2025 10.000 Wohneinheiten nicht zusammenzukaufen, sondern zu errichten?

Es ist bisher kein einziges staatliches Grundstück bebaut worden. Eine Anfrage von mir hat aufgedeckt: Auf 3.000 Grundstücken wäre es möglich. Nichts ist erfüllt. Hat der Ministerpräsident uns damit in die Irre geführt?

Josef Schmid (CSU): Geschätzter Kollege Körber, als jemand, dem attestiert wurde, dass er etwas von Wirtschaft versteht, gebe ich zu bedenken, dass fast jedes Unternehmen erst einmal Anlaufkosten hat. Bei den Start-ups ist das in besonderer Weise der Fall. Ich kenne das aus diversen Finanzierungsrunden. Ein jedes neu gegründete Unternehmen hat zunächst einmal Aufwendungen. Es muss Personal angestellt werden usw. Damit geht es erst einmal los. Wenn die Sache dann richtig läuft, dann läuft sie.

Ich bleibe dabei: 3.460 Einheiten sind auf den Weg gebracht. Das finde ich nach drei Jahren nicht schlecht. Deswegen bin ich auch für die Zukunft zuversichtlich.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Ursula Sowa für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ursula Sowa (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Bauausschuss, lieber Herr Bernreiter! Wir sind uns einig: Wohnen ist keine Ware, sondern ein Recht und damit essenziell für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Wir alle wissen: Für viele Menschen in Bayern wird es immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden, und zwar nicht nur in Großstädten wie München, Augsburg oder Nürnberg; mittlerweile betrifft der Wohnraummangel verstärkt auch Klein- und Mittelstädte. Im Rahmen der Flüchtlingskrise betrifft er sogar Kleinsträume.

Viele Menschen haben zudem Sorgen und Schwierigkeiten, ihr Zuhause halten zu können – bedingt durch die Pandemie der letzten zwei Jahre, durch Kurzarbeit, ausbleibende Einnahmen und nun auch aufgrund steigender Heizkosten. Um die Folgen der derzeitigen Krisen abfedern zu können, brauchen wir also eine deutliche Stärkung und Ausweitung des gemeinwohlorientierten und sozialen Wohnungsbaus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie reagiert unsere Staatsregierung darauf? – Mit ihren Fehlinvestitionen, wie etwa der Eigenheimzulage und dem Baukindergeld Plus unterstützen Sie Menschen, die ja ohnehin schon über Eigenkapital verfügen. Menschen mit kleinem oder mittlerem Einkommen, die in Städten oder Ballungsräumen nach Wohnraum suchen, hilft das überhaupt nicht weiter.

Deswegen ist das Thema der Wohnraumförderung wirklich in den Fokus zu nehmen. Ich gebe zu: Sie machen dahin gehend einige Anstrengungen. Ihre Wohnraumförderprogramme sind aber wie springende kleine Hasen: Immer wieder springen sie weg und kommen unter einem anderen Label wieder. Ihre Vorgängerin war darin eine

Meisterin. Sie hat einfach 100 Millionen Euro aus einem Paket zum anderen genommen und es dann neu gelabelt; es war aber das gleiche Geld und immer viel zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind der Meinung, dass die Wohnraumförderung klar und deutlich vermittelt werden muss, für jeden abrufbar sein muss und eben nicht im Wirrwarr der Bürokratie untergehen darf. Diese Mittel sollen verstetigt werden; es sollte nicht immer wieder ein neuer Minister kommen, der immer wieder irgendetwas neu fabriziert. Es muss eine Verstetigung sein, und zwar für alle klipp und klar.

Vom Bund können Sie sich jetzt eine Scheibe abschneiden. Herr Habeck hat heute das Osterpaket verkündet: Es wird die KfW-Förderung wieder geben. Man kann orientiert wieder Maßnahmen ergreifen. Das ist nagelneu. Er macht das. Wenn es Ihnen zu wenig ist, können Sie ja gerne aufstocken. Das ist kein Problem.

Ich möchte jetzt noch zu den Kommunen kommen. Diese müssen natürlich auch ihr Scherflein beitragen. Sie sind von den städtebaulichen Fördermitteln abhängig, die ein Segen sind. Wir GRÜNE wollen sie auch verstetigt wissen, und nicht, wie Sie es gemacht haben, wieder reduziert: erst abgebaut und dann wieder erhöht. Wir wollen eine Verstetigung. Sie haben wirklich jongliert: mit 100 Millionen Euro hoch und runter.

Wir brauchen ein Städtebauförderprogramm für Bayern, das die Flächenentsiegelung fördert und die Innenstädte belebt. Wir freuen uns darauf, das energiegerechte Bauen auf den Weg zu bringen, und auf ein Paket für alle Maßnahmen, die vonnöten sind, und nicht dieses Zersplittern. Das ist unsere Vorstellung.

Insofern denke ich auch, Herr Bernreiter – ich will ja demnächst auch ein Gespräch mit Ihnen führen –, dass wir wissen, wie wir die nächsten Jahre eintüten und in unserem Land Planungssicherheit für gutes und energetisches Bauen sowie auch für soziales Bauen schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Sowa, es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung.

Josef Schmid (CSU): Frau Kollegin Sowa, ist Ihnen bekannt, dass durch das Debakel bei der KfW-55-Förderung des neuen Wirtschafts- und Klimaministers reihenweise Bauleitplanverfahren erst einmal gestoppt wurden, weil die KfW-Förderung vorgesehen war? Reihenweise wurden öffentlich-rechtliche städtebauliche Verträge nicht unterschrieben, weil man nicht gewusst hat, was jetzt kommt. Ich finde das echt mutig.

Ich möchte gern mal wissen, wie Sie es rechtfertigen, zu sagen: "Jetzt haben wir wieder ein Osterpaket", als ob das die Verkündigung des Ostersegens wäre. Es ist eine limitierte kleine Tranche, die bei Weitem nicht das abdeckt, was an Bauvorhaben in der Pipeline war. Was sagen Sie dazu?

Ursula Sowa (GRÜNE): Sie haben wirklich Mut. Es ist ja richtig lustig, was Sie sagen. "Eingetütet" hat es natürlich die Vorgängerregierung. Habeck musste ausbaden, was Sie eingetütet hatten. Insofern ist es ein Witz, dass Sie darauf eingehen, also nein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist nun der Kollege Hans Friedl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Minister, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Als Sprecher unserer Fraktion für Wohnen und Bauen benenne ich in der mir verbleibenden Zeit ein paar Punkte zum Einzelplan 09: Wie überall reden wir über Licht auf der einen und Schatten auf der anderen Seite. Das Volumen dieses Einzelplans enthält ein Plus von 248 Millionen Euro, was einer Aufstockung um rund 5,6 % entspricht. Damit stehen insgesamt knapp 4,9 Milliarden Euro in diesem Haushaltsjahr zur Verfügung.

Zunächst aber möchte ich auf ein Detail eingehen, zu dem wir in der Politik uns vielleicht besser hätten positionieren können. Wenn der Freistaat über die Bayerische

Landesbank schon 75 % der Anteile an einem Geldinstitut hält, dann sollte man darüber Einfluss nehmen und Eigenmittel der BayernLabo durchaus in den Haushalt einstellen. Durch eine Ausweitung von Bundesmitteln, die für das Haushaltsjahr 2022 in Bayern zur Verfügung stehen, konnte dieser Patzer mehr als ausgeglichen werden.

Nichtsdestoweniger stehen für die Wohnraumförderung insgesamt 864 Millionen Euro zur Verfügung. Auch wurde die Wohnraumförderung in Bayern neu strukturiert. Seit dem 1. April 2022 gelten hier neue Regeln. Insgesamt wurde die mögliche Förderung deutlich ausgeweitet, indem die Zuschussstruktur verändert wurde. Der allgemeine ergänzende Zuschuss ist von 300 auf 500 Euro pro Quadratmeter erhöht worden. Das hört sich zwar unspektakulär an; aber vor dem Hintergrund dessen, dass damit im Jahr 2020 5.295 Mietwohnungen gefördert wurden, gehört das hier eingeordnet.

Daneben gibt es drei weitere Förderbausteine, unter anderem "drauf und dran – nachhaltig erneuern und erweitern". Bei einer Erweiterung des Bestandes kann der ergänzende Zuschuss auf 125 % erhöht werden.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Friedl, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Bei einer nachhaltigen Modernisierung werden 375 Euro pro Quadratmeter ausgeschüttet.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Friedl, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Ja. – Vielen Dank für das Zuhören. Meine Redezeit war leider kurz. Beim nächsten Mal mehr!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Brenner-Basistunnel ist unser Hauptverkehrsprojekt der Zukunft. Wir sind zwar nicht unmittelbar zuständig, aber trotzdem stark berührt. Wir als AfD haben von Anfang an, noch vor jeder anderen Partei, Untertunnelungen gefordert, speziell im engen Inntal im Bereich Rosenheim; damals behauptete die CSU noch, Untertunnelungen usw. seien unfinanzierbar. Auch fordern wir den neuesten Standard bei Lärmschutzmaßnahmen. Das gilt natürlich auch für die Strecke bei Grafing, wo wir uns genauso starkmachen werden.

Wir brauchen eine echte, konservative Wende in der Verkehrspolitik – gerade wegen der Umwälzungen durch den Ukraine-Krieg. Es gilt, einen großen Faktor unserer Volkswirtschaft, die Autoindustrie, zu bewahren und die dafür so wichtige Verkehrsinfrastruktur zu sanieren und auszubauen.

Am Anfang steht daher zwingend, Schluss zu machen mit den Verleumdungen gegenüber den saubersten Verbrenner-Technologien in Kraftfahrzeugen, die es je gab. Die freie Verkehrsmittelwahl für die Bürger muss weiterhin jederzeit gewährleistet sein. Die Verkehrspolitik muss sich anschließend an der realen Bedeutung der Verkehrsträger orientieren und sie dementsprechend finanziell ausstatten.

Generell, aber noch mehr in Zeiten klammer Kassen, brauchen wir keine teuren Rautobahnen, Radschnellverbindungen, während wir parallel dazu marode Kreis-, Staats- und Bundesstraßen haben. Daher fordern wir für den Um- und Ausbau sowie die Bestandserhaltung der Staatsstraßen 150 Millionen Euro mehr als bisher im Haushalt.

Um auf den Kollegen Thorsten Schwab einzugehen: 30 Objekte sind bereits 2004 in der Dringlichkeitsstufe 1 gewesen – und sind heute fast 20 Jahre im Rückstand. Ich habe mit unserem Tunnel-Bauvorhaben vielleicht hochgegriffen. Aber jede Umgehungsstraße dürfte mit den Planungskosten in etwa 50 Millionen Euro verschlingen. Auf alle Fälle ist dort riesiger Nachholbedarf.

(Beifall bei der AfD)

Ehrlich machen muss man sich auch gegenüber dem Elektroantrieb. Im Schienenverkehr ist er weithin üblich und angebracht, solange er ökonomisch darstellbar ist. Eine Vollelektrifizierung aller Strecken in Bayern ist jedoch utopisch. Weiterhin wird behauptet, die Transportleistung der Lkws werde nur noch auf kurzen Strecken, zwischen lokalem Verteilzentrum und den Auslieferungsorten, benötigt. Das ist nicht machbar! Mit einem intelligenten digitalen Leitsystem wäre auch der regionale Personennahverkehr integrierbar, und Streckenaktivierungen würden sich so wieder rechnen. Bayern könnte insoweit Vorreiter sein.

Wir müssen die Innenstädte aktivieren. Ich frage mich bloß, was nach diesem Corona-Desaster noch möglich ist. Die strukturellen Probleme sind eklatant.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Franz Bergmüller (AfD): Da die Verkehrs- und auch die Wohnungsbaupositionen nicht so sind, wie wir es uns vorstellen, lehnen wir den Haushaltsentwurf ab.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Staatsminister Bernreiter. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich darf Ihnen heute als neuer Minister den Haushalt meines Hauses, des Ministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr, darlegen. Es ist gleichzeitig meine erste Rede in diesem Hohen Haus. Ich habe diesen Haushalt zwar nicht selbst verhandelt, kann mich mit diesem aber sehr gut identifizieren. Meiner Vorgängerin Kerstin Schreyer möchte ich für die vorbereitenden Arbeiten ganz herzlich danken.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Mit unserem Investitionsbudget kommen wir angesichts der großen wirtschaftlichen Unsicherheiten genau zur richtigen Zeit. Wir setzen die richtigen politischen Schwerpunkte und bleiben auf höchstem Niveau. Unsere Themen Wohnen und Mobilität betreffen jeden, ganz egal, ob er auf dem Land oder in der Stadt wohnt.

Das Haushaltsvolumen ist heute mehrmals genannt worden: Wir haben heuer rund 4,7 Milliarden Euro zur Verfügung, das heißt, mein Haushalt erhöht sich um rund 250 Millionen Euro. Das ist ein deutliches Plus von 5,6 %. Damit setzen wir ein richtiges und wichtiges Signal. In den Kernbereichen Wohnen und Verkehr können wir viel für die Menschen gestalten.

In die Wohnraumförderung investieren wir insgesamt knapp 865 Millionen Euro. Im Detail stellen wir zur Verfügung: 365 Millionen Euro Landesmittel für die Wohnraumförderung, 150 Millionen Euro für das kommunale Wohnraumförderprogramm, 38 Millionen Euro für die geförderten Wohnungen und Wohnplätze für Studierende. Dazu kommen noch rund 312 Millionen Euro aus Bundesmitteln. Wir müssen und werden dabei unseren Fokus noch mehr auf Nachhaltigkeit und Energieeffizienz legen.

Für den Städtebau haben wir 316,5 Millionen Euro Fördermittel zur Verfügung. Ich habe mich erkundigt, Frau Kollegin Aures und Herr Kollege Adelt – Sie beide haben dazu gesprochen –: Kein Antrag bleibt liegen. Wir können alle eingegangenen Anträge entsprechend bewilligen und bedienen.

Jährlich fließen fast 1 Milliarde Euro für Investitionen in den Wohnraum und in die Städtebauförderung ab; dabei handelt es sich noch um Bewilligungen aus den Vorjahren. Das sind keine Verpflichtungsermächtigungen, sondern das ist 1 Milliarde Euro echtes Geld.

In Mobilität und Verkehr investieren wir heuer rund 2 Milliarden Euro. Beim Schienenpersonennahverkehr kommt es zu einer Erhöhung auf fast 1,5 Milliarden Euro. Für

das 365-Euro-Ticket geben wir 80 Millionen Euro aus und 55 Millionen Euro für Tarifstrukturmaßnahmen in einem nachhaltigen ÖPNV.

Wir haben auch Rekordinvestitionen von 400 Millionen Euro in den Bau und vor allem – das ist mir auch wichtig – in die Bestandserhaltung von Staatsstraßen. Es geht um die Brücken. Wir wollen auch in der Strecke entsprechend vorankommen.

Was Stadt und Land betrifft, ist mir wichtig, dass alle Menschen in Bayern gut leben können. Stadt und Land Hand in Hand, ist ein wirklich wichtiger Spruch, den wir auch leben. Denn wir wollen ein vernünftiges Miteinander von Stadt und Land. Beide zusammen machen Bayern attraktiv und lebenswert.

Bei den Themen Wohnen und Verkehr müssen wir die Menschen im ländlichen Raum noch stärker in den Blick nehmen. Ich habe mich auch überzeugen lassen, Umfragen gelesen: Das Thema Wohnen ist überall ein Thema.

Selbstverständlich investieren wir weiter in unsere Bundes- und Staatsstraßen. Wir brauchen ein gutes, ausgebautes Netz und ein intaktes Straßennetz für den ländlichen Raum, davon bin ich nach 20 Jahren als Landrat felsenfest überzeugt. Denn auch Elektrobusse und Rufbusse fahren auf der Straße. Wichtig ist der passgenaue Anschluss des ländlichen Raums im ÖPNV. Zur besseren Verknüpfung setzen wir auf flexible Bedienformen. Denn wir können nicht um fünf Uhr in der Früh, wie es viele fordern, leere Busse zu Orten mit 20 Häusern schicken. Da stellen wir jedem Passagier einen eigenen Fahrer zur Verfügung. Das ist weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Verbesserungen der Mobilität laufen überall im ländlichen Raum. Vor allem Rufbus-Projekte sind bayernweit gestartet. 2021 haben 30 der 55 Landkreise im ländlichen Raum eine Förderung erhalten. Ich bin überzeugt – während Corona ist das alles zurückgegangen –, dass vor allem die neu gewählten Kolleginnen und Kollegen hier

auch anschieben werden. Wir setzen diesen Kurs konsequent fort. Der neue Haushalt ist dafür eine gute Grundlage, denn wir haben im Vergleich zu 2021 sogar fünf Millionen Euro mehr für Mobilitätsprojekte zur Verfügung.

Mit der Radoffensive gehen wir neue Wege auch im ländlichen Raum. Der Freistaat Bayern stellt den Kommunen 2022 insgesamt 260 Millionen Euro für den Bau- oder Ausbau von Kommunalstraßen und kommunalen Radwegen zur Verfügung. Es freut mich, dass ich auch die Fördersätze im Straßenbau schon anheben konnte, von 40 auf 50 %, auf den alten Regelfördersatz. Wir haben bei den Radwegen in diesem Programm sogar Zuschussmöglichkeiten zwischen 70 und 80 %. Dazu kommen on top noch 10 Millionen Euro für die Radoffensive Klimaland Bayern. Hier wollen wir innovative und interkommunale Radwegeprojekte anstoßen.

Beim Thema Wohnen unterstützen wir unsere Kommunen gezielt durch das kommunale Wohnraumförderprogramm, durch verbesserte Rahmenbedingungen zur Baulandaktivierung und digitalisierte Planungsverfahren. Mit unseren drei staatlichen Wohnungsbaugesellschaften Stadibau, Siedlungswerk Nürnberg und BayernHeim schaffen wir als Freistaat selbst Wohnraum, den wir dauerhaft zu bezahlbaren Mieten anbieten. – Herr Kollege Körber, ich habe mich natürlich mit dem Thema auseinandergesetzt. Ich kann nur wiederholen, was der Kollege Schmid gesagt hat: 3.460 Wohnungen nach dem Start, das kann sich sehen lassen. Wir werden da die nächsten Jahre auch deutlich vorankommen, und zwar insbesondere dort, wo erhöhter Wohnungsbedarf besteht. Das betrifft nicht nur die Städte – das habe ich angesprochen –, sondern auch den ländlichen Raum.

Wir haben derzeit knapp 1.850 Wohnungen im Bau. Damit wird sich der Wohnungsbestand von aktuell 16.630 Wohnungen auf rund 18.500 Wohnungen erhöhen. Wir müssen auch neue Wege und Möglichkeiten für neuen Wohnraum denken.

Die Bereiche Wohnen und Mobilität sind eng miteinander verknüpft. Denn am Wohnort entscheidet sich, welches Verkehrsmittel wir nutzen. Wir als Freistaat machen unsere

Hausaufgaben, zum Beispiel mit unserem Programm "Bahnausbau Region München". Das habe ich schon erwähnt. Die zweite Stammstrecke spielt für mich hier eine zentrale Rolle. Ich habe schon als Landrat immer gesagt, dass sie nicht nur ein Projekt für die Landeshauptstadt ist, sondern auch für den ländlichen Raum wichtig ist. Die Staatsregierung schiebt hier mächtig mit an, aber Bund und Bahn müssen jetzt den Zeit- und Finanzierungsplan für die zweite Stammstrecke zügig klären.

Es gibt leider erhebliche Zweifel, dass die Bahn den Zeit- und Kostenplan einhalten kann. Ich hoffe, dass wir, der Ministerpräsident und ich, sehr bald einen Termin beim neuen Bundesverkehrsminister bekommen, um diese Fragen zu klären. Deshalb können wir nicht nur auf die Fertigstellung der zweiten Stammstrecke warten. Wir brauchen auch andere Aktionsfelder. Die sehe ich bei der Digitalisierung, bei der Stärkung des Tangentialverkehrs, bei den Regionalverkehren, die wir enger einbinden müssen, beim Ausbau des Fahrzeugfuhrparks und bei der Verdichtung des S-Bahn-Angebots.

Herr Körber, ich sitze jetzt auch nicht herum und warte, bis 100 Tage um sind. Ich sitze nahezu jeden Tag bis Mitternacht am Schreibtisch. Ich schaue mir die Dinge genau an. Konkret starten wir noch in diesem Jahr mit dem Ausbau der Sendlinger Spange. Dann können die S-Bahnen im Störfall im Stammstreckenbereich von Pasing bis zum Heimeranplatz fahren. Dort können die Fahrgäste dann auf die U-Bahn ausweichen.

Im Juni 2023 nimmt am Ostbahnhof das neue elektronische Stellwerk für die S-Bahn seinen Betrieb auf. Ich glaube, das ist auch ein sehr wichtiger Punkt. Das neue elektronische Stellwerk gewährleistet dann einen pünktlicheren S-Bahn-Betrieb und ist wichtig, damit S-Bahnen trotz Bauarbeiten an der zweiten Stammstrecke fahren können.

Wir müssen jetzt bei der S-Bahn schnell zu weiteren, spürbaren Angebotsverbesserungen kommen. Fakt ist: Das Budget vom Bund, der für die Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs zuständig ist, reicht nicht. Das Regionalisierungsmittel-Budget muss sich für 2022 um 750 Millionen Euro erhöhen. Ohne diese Unterstützung

wird es nicht gehen. Da sind sich alle Länder einig. Ich war ja schon bei der ersten Landesverkehrsminister-Konferenz. Mit 16 : 0 haben alle Länder diese Forderung auch mitgetragen.

Im Koalitionsvertrag wurde die Erhöhung der Regionalisierungsmittel angekündigt. Wir haben leider noch nichts Konkretes dazu gehört. Dafür gibt es aber Schnellschüsse. Zu dem stehe ich, auch wenn daran vorher Kritik geäußert wurde. Zu "9 für 90" haben mich Journalisten gefragt, ob wir rechnen können: Das sind "27 für 90". Ja, ich habe eingebracht, dass man aus verwaltungsökonomischen Gründen, um das schnell umsetzen zu können, eigentlich "0 für 90" machen sollte, wenn man so etwas anstößt, ohne vorher mit den Ausführenden zu sprechen. Quer aus allen kommunalpolitischen Gremien habe ich hier Zustimmung erfahren. Die Telefone sind bei mir heiß gelaufen. Da werden jetzt plötzlich 2,5 Milliarden Euro mobilisiert. Was nach den drei Monaten ist, da steht ein großes Fragezeichen. Es bleibt nämlich nicht mehr Geld für die Infrastruktur zur Verfügung. Da muss mehr kommen. Wir werden genau hinschauen, wie die neue Bundesregierung ihre Ankündigungen hier umsetzt, um bei der Schieneninfrastruktur auch deutlich vorwärtszukommen. Es wäre schön, wenn Sie uns als Ampel-Opposition hier auch in Berlin entsprechend unterstützen.

Die äußeren Rahmenbedingungen sind zurzeit natürlich alles andere als einfach. Die schrecklichen Kriegsgeschehen in der Ukraine nach dieser Pandemie tragen dazu bei, dass wir vor großen Herausforderungen stehen. Die gestiegenen Immobilien- und Energiekosten, die Inflation und der Krieg belasten unsere Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft. Damit stehen etliche Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Es geht schon darum, dass wir auch bei den Benzinpreisen und bei der Dieselpreisforderung eine stärkere Lösung brauchen und natürlich auch eine dauerhafte. So, wie ich es beim ÖPNV angesprochen habe: Nach drei Monaten werden wir nicht wieder bei den alten Preisen liegen. Das Transportgewerbe und der ÖPNV leiden. Bewährte Strukturen stehen hier auf dem Spiel.

Deshalb haben wir die ÖPNV-Zuweisung vorgezogen und werden einen Teil der ÖPNV-Zuweisung sofort auszahlen. So können die Kommunen schnell handeln und die Liquidität der Betriebe sicherstellen. Deswegen haben sie noch nicht mehr Geld in der Kasse, aber das schafft Zeit; Zeit für echte Lösungen aus Berlin.

Wir haben ein Konzept zur Senkung der Treibstoffkosten vorgelegt. Der Ball ist hier beim Bund, und er sollte schleunigst handeln.

Ich möchte jetzt noch auf Photovoltaik, ein Thema eingehen, das vorgestern eine große Rolle gespielt hat. Da war ich ein bisschen irritiert. Heute ist es auch nebenbei angekommen. Ich habe Herrn Hartmann kennengelernt: Dass er irgendwelche Zahlen herauszieht, war mir bisher nicht bekannt. Ich möchte da jetzt aber heute schon aufräumen. 11.000 staatliche Gebäude gibt es nur in der Fachdatenbank Hochbau. Diese Zahl ist aber für die Ermittlung in Bezug auf Photovoltaik-Anlagen völlig ungeeignet. Zu der Zahl von 11.000 Gebäuden sind Müllhäuschen, Garagen, Nebengebäude und alles Mögliche enthalten. Wird beispielsweise eine große Baumaßnahme durchgeführt, richten wir eine einzige zugehörige PV-Anlage ein, auch wenn diese auf 20 Gebäuden ausgebracht wird. Der Neubau selbst besteht aber oftmals eben aus einer Vielzahl von Gebäuden, und man muss genau betrachten, auf welchem Dach was geeignet ist.

Bei der überwiegenden Zahl der großen Baumaßnahmen errichten wir inzwischen Photovoltaik-Anlagen. Ich möchte Folgendes sagen, weil es auch medial eine große Rolle gespielt hat: Insgesamt sind 1.300 staatliche Dächer für die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen geeignet. Diese Zahl wurde über die Staatlichen Bauämter ermittelt, nicht 11.000, wie gesagt wurde. Etwa 400 dieser Dächer sind bereits mit Photovoltaik-Anlagen belegt. Weitere 100 Anlagen befinden sich derzeit im Bau. Somit sind also 500 Dächer "im Geschäft", was knapp 40 % aller geeigneten Dächer ausmacht.

Die 800 noch freien, geeigneten Dächer mit staatseigenen Photovoltaik-Anlagen zu belegen, würde einen Investitionsbedarf von 110 Millionen Euro auslösen. Darum den-

ken wir auch über eine Verpachtung der Dächer nach. Bürgerenergiegesellschaften sind angeschrieben worden. Es wurde zur Abgabe von Angeboten aufgefordert. Es ist kein einziges Angebot abgegeben worden. Das liegt vermutlich an der Einspeisevergütung. Das soll sich ja jetzt bessern. Vielleicht kann man noch einen Versuch starten. Wir gehen aber auch auf private Investoren zu. Die Direktabgabe des Stroms ist aber vergaberechtlich sehr kompliziert und noch nicht hundertprozentig gelöst. Zur geplanten Ausschreibung von circa 400 Dachpachten mit Strombezug durch die IMBY war es notwendig, den Strombezug zu ermitteln. Wir sind dabei. Wir haben die Listen diese Woche ohne solche mediale Berichterstattung unserem Wirtschaftsministerium überreicht. Die Ausschreibung der Dächer wird in verschiedenen Tranchen vonstattengehen. Unser Ziel ist, dass wir bei den verbleibenden 800 Dächern auch für Privatinvestoren zur Verfügung stehen.

Ich bringe ein Beispiel, weil man immer Zahlen und Dinge gegenüberstellt. Im Jahr 2020 wurden 32 Anlagen errichtet mit knapp 1.400 Kilowatt-Peak. Im Jahr 2021 waren es nur 22 Anlagen, aber mit knapp 2.400 Kilowatt-Peak. Da sieht man: Man sollte in all diesen Bereichen die Fakten gegenüberstellen. Das wäre meine Bitte. Das war ich in meiner bisherigen Funktion so gewohnt. Ich hoffe, dass wir alle gemeinsam dahin zurückkommen.

Meine Damen und Herren, ich werde mich insgesamt für noch mehr Tempo beim Wohnungsbau und beim Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur für einen modernen ÖPNV einsetzen. Der aktuelle Haushalt gibt mir die notwendige Grundlage dafür. Lassen Sie uns in Bayern weiter bauen und Bayern weiterbewegen. Ich bitte Sie, diesem Haushaltsplan zuzustimmen und bedanke mich ganz herzlich dafür, dass wir die Dinge gemeinsam voranbringen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Minister, es gibt noch drei Zwischenbemerkungen. Die erste ist vom Kollegen Sebastian Körber von der FDP-Fraktion.

Sebastian Körber (FDP): Herr Staatsminister, ich freue mich, wenn Sie sich die Dinge genau anschauen. Das finde ich klasse. Dann kann man nämlich über die Fakten reden. Sie haben von Zahlen gesprochen. Ich gebe Ihnen gerne ein paar Fakten. Dann schauen wir uns das gleich mal zusammen an.

BayernHeim-Verlustvortrag bis Ende 2020: 7 Millionen Euro. Aktuell haben Sie bei Gewerbeflächen einen Leerstand von 930 Quadratmetern. Nach meiner vorsichtigen Schätzung ist das ein Verlust von aktuell 500.000 Euro.

Dann wir haben wir eine Leerstandsfläche in den Büroräumen der BayernHeim selbst gehabt: 400.000 Euro. Der Businessplan der BayernHeim – das sind nicht meine Zahlen; das steht da schwarz auf weiß – würde für das Jahr 2022 3.500 Wohnungen vorsehen. Geschafft haben Sie 234. Die sind da. Wir können darüber reden, was davon bewohnbar ist. Die wären aber sowieso da gewesen, weil die schon am Markt waren.

Das heißt, das Ziel der BayernHeim ist politisch klar verfehlt. Sie sind der neue verantwortliche Minister: Können Sie mir wirklich selbst eine Einschätzung geben, ob das a) politisch haltbar ist und ob das b) juristisch bisher alles korrekt war, wenn man sich die Gesellschaftssatzung des Unternehmens anschaut? "Gesellschaftssatzung" ist das Sichtwort.

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Sie sind kein Jurist, ich bin auch keiner. Ich habe die Gesellschaftssatzung in den sechs Wochen noch nicht angeschaut. Bei den Zahlen habe ich vorher schon gut aufgepasst. Die haben Sie alle schon entsprechend dargelegt. Ich glaube, die Antworten sind auch gegeben worden. Sie wissen, dass wir eine Corona-Pandemie hatten und dass Vermietungen von Gewerbeflächen derzeit überall zurückgegangen sind wegen Homeoffice und anderer Gründe. Sie haben eine Anfrage gestellt, die auch beantwortet worden ist. Ich habe mir als langjähriger, erfahrener Kommunalpolitiker, der in vielen Aufsichtsräten war, sofort die Eigenkapitalstruktur angesehen. Da brennt nichts an. Das sind Anlaufphasen. Wir sind dabei, das weiter auszurollen. Ich sehe schon, dass bayernweit, ob

das in Augsburg, Ingolstadt, München oder anderen Gegenden ist, Projekte angeschoben werden. Ich hoffe, dass wir da deutlich vorankommen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Abgeordneten Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Minister Bernreiter, kommen wir, weil Sie kommunalpolitisch richtig erfahren sind, zurück zum Brenner-Nordzulauf. Ihre Vorgängerministerin war vor Ort in Grafing, wo sie zahlreiche Bürger konfrontiert haben mit dem Ausbaustandard, den die Bahn angeboten hat. Sie hat Gespräche zugesagt. Wie ist Ihre Meinung dazu, dass vor Ort die Bürger entlang der Bestandsstrecke, wenn das so gebaut werden sollte, den größtmöglichen Lärmschutz haben wollen, und dort, wo es nicht geht, weil die Strecke durch den Ort geht und man keine Verbreiterung vornehmen kann, eine Untertunnelung fordern? Unterstützen Sie die Bürger vor Ort bei deren Forderung nach größtmöglichem Lärmschutz oder sagen Sie: Da bin ich nicht zuständig. Das macht die Bahn.

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Herr Bergmüller, ich habe schon an meinem zweiten oder dritten Arbeitstag eine Diskussionsrunde geführt, die meine Vorgängerin zugesagt hat. Ich habe die moderiert. Da waren sehr viele Bürgerinnen und Bürger dabei. Ich glaube, dass wir dort zu einem guten Ergebnis gekommen sind. Zum Beispiel haben wir die Bahn überzeugen können, dass sie Bürgertrassen, die ein Bürgermeister ausgearbeitet hat, jetzt offiziell in das Verfahren aufnimmt. Ich habe zugesagt, dass ich auch bei anderen Abschnitten dabei sein werde, wenn ich moderieren soll. Es ist mir wichtig, dass wir in guten Gesprächen mit der Bahn sind. Auch wenn ich entfernt von den möglichen Trassen wohne: Ich habe Zeitungen gelesen. Ich habe in den ersten Tagen schon mitbekommen, wie wichtig das Thema insgesamt für Bayern und für die Wirtschaft ist. Die Themen Blockabfertigung usw. sind mir alle bekannt. Wo ich anschieben kann, werde ich mit Nachdruck anschieben.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Jürgen Mistol von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Staatsminister, erstmal Gratulation zur ersten Rede! – Ich habe noch eine Frage zur BayernHeim. Das Ganze geht auf ein Wahlkampfversprechen des Herrn Ministerpräsidenten zurück, bis 2025 10.000 neue Wohnungen nicht nur geplant, sondern tatsächlich bis 2025 gebaut zu haben. Niemand hat ihn zu diesem Versprechen genötigt. Das hat er von sich aus, freiwillig gesagt. Ihre Vorgängerin hat noch im Februar im Haushaltsausschuss gesagt: Dieses Ziel ist erreichbar. Wir sind im Plan. – Ich würde von Ihnen gern wissen: Sehen Sie das auch so, dass das Ziel "bis 2025" noch erreichbar ist und dass die BayernHeim tatsächlich im Plan ist? Oder handelt es sich bei dem Versprechen von Markus Söder tatsächlich um ein Luftschloss?

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Die Frage haben mir schon viele Journalisten gestellt. Ich habe geantwortet: Ich werde mir diese Dinge in Ruhe anschauen und dann zu einer Aussage kommen. – Aber ich sage ganz klar: In der jetzigen Zeit mit dieser Ukraine-Krise eine Aussage zu treffen, ist schwierig. – Ich habe in meinen Stellenplan im Landkreis immer die Position eines Hellsehers eingebaut, aber keine gescheite Bewerbung bekommen. Das sind die Dinge, die wir alle momentan nicht sagen können. Wir wissen nicht, wie es mit der Energie weitergeht. Wir wissen nicht, ob wir die Fachkräfte zur Verfügung haben. Wir wissen nicht, ob wir die Baustoffe haben wie Stahl und wo das hingeht. Darum ist es in dieser schwierigen Situation vermessen, dazu eine Aussage zu machen. Ich glaube, Sie kennen mich. Ich bin keiner, der sagt: Ich schaffe das schon. Ich baue 15.000 Wohnungen. – Wir werden uns das in Ruhe ganz realistisch anschauen. Dann werde ich zu Aussagen kommen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2022, Einzelplan 09, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/20691, 18/20693 mit 18/20702, 18/20733 mit 18/20755, 18/20834 mit 18/20855, 18/20951 mit 18/20963, 18/20965 mit 18/20968, 18/21034, 18/21064 und 18/21065, die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/21902 und der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Wohnraum Mangelware: Massive Aufstockung der Wohnraumförderung!" auf der Drucksache 18/22082.

Ich lasse zunächst über die vier Änderungsanträge, zu denen namentliche Abstimmung beantragt wurde, abstimmen, also über den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/22082, den Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/20837, den Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/20967 und den Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/20694. Sie kennen das Verfahren. Verwenden Sie bitte jeweils Ihr Abstimmungsgerät.

Zunächst ist über den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Wohnraum Mangelware: Massive Aufstockung der Wohnraumförderung!" auf Drucksache 18/22082 in namentlicher Form abzustimmen. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 19:01 bis 19:04 Uhr)

Konnten alle Abgeordneten ihre Stimme abgeben? – Das ist der Fall. Ich schließe die Abstimmung. Wir müssen noch 15 Sekunden warten, bis wir zur nächsten Abstimmung kommen können.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend "Sanierung von Schwimmbädern" auf Drucksache 18/20837 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen emp-

fiehlt den Änderungsantrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt nun zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 19:04 bis 19:06 Uhr)

Haben alle Abgeordneten ihre Stimme abgegeben? – Das ist der Fall. Damit erkläre ich die Abstimmung für beendet.

Ich darf in der Zwischenzeit das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Wohnraum Mangelware: Massive Aufstockung der Wohnraumförderung!" auf Drucksache 18/22082 bekannt geben. Mit Ja haben 31, mit Nein 78 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 16)

Haben alle Abgeordneten ihre Stimme abgegeben? – Das ist der Fall. Dann erkläre ich die Abstimmungszeit für beendet.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen" auf Drucksache 18/20967. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt auch diesen Änderungsantrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt wieder zwei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 19:07 bis 19:09 Uhr)

Haben alle Kolleginnen und Kollegen ihre Stimme abgegeben? – Das ist der Fall. Damit schließe ich diese Abstimmung.

Ich gebe das Ergebnis der letzten namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion der GRÜNEN betreffend "Sanierung von Schwimmbädern" auf Drucksache 18/20837 bekannt. Mit Ja haben 20, mit Nein 64 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 19 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 17)

Wir kommen gleich zur nächsten namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion betreffend "Bayerische Städtebauförderung – Kahlschlag stoppen" auf Drucksache 18/20694. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt auch diesen Änderungsantrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 19:09 bis 19:11 Uhr)

Haben allen Abgeordneten ihre Stimme abgegeben? – Dann schließe ich diese Abstimmung.

Ich gebe wiederum das Ergebnis einer namentlichen Abstimmung bekannt, und zwar über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen" auf Drucksache 18/20967. Mit Ja haben 11, mit Nein 97 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 18)

Ich komme zur nächsten Abstimmung, in einfacher Form. Das ist wiederum ein Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Gründung und Bezuschussung von Wohnungsbaugenossenschaften", Drucksache 18/20958. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich nun um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen von FDP, CSU, FREIEN WÄHLERN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir warten noch auf das Ergebnis einer namentlichen Abstimmung, so lange wird die Sitzung unterbrochen.

(Unterbrechung von 19:12 bis 19:13 Uhr)

Das Ergebnis ist da. Beim Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion betreffend "Bayerische Städtebauförderung – Kahlschlag stoppen.", Drucksache 18/20694: Mit Ja haben 30 gestimmt, mit Nein haben 69 gestimmt, Stimmenthaltungen: 8. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 19)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 09. Der Einzelplan 09 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 18/21902 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 09 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und AfD. Gibt es Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 09 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann in Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 20)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIEN WÄHLERN, CSU und FDP. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/21902 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/21034 sowie 18/21064 und 18/21065 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 09 ist abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2022 zu Tagesordnungspunkt 11: Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Natascha Kohnen, Annette Karl u. a. und Fraktion SPD; Haushaltsplan 2022; hier: Wohnraum Mangelware: Massive Aufstockung der Wohnraumförderung! (Kap. 09 04 Tit. 863 69) (Drucksache 18/22082)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adje Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons			
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian			
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael			
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Faltermeier Hubert			
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald			
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. Hahn Ingo			
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Hayn Elmar			
Henkel Uli			
Herold Hans			
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro			
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			
Pohl Bernhard			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias			
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred			
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian			
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen			
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	31	78	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2022 zu Tagesordnungspunkt 11: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2022; hier: Sanierung von Schwimmbädern (Kap. 09 03 Tit. 883 05) (Drucksache 18/20837)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			X	Fackler Wolfgang		X	
Adjei Benjamin				Dr. Faltermeier Hubert			
Aigner Ilse				Fehlner Martina			
Aiwanger Hubert				Fischbach Matthias			X
Arnold Horst				Flierl Alexander		X	
Atzinger Oskar		X		Flisek Christian			X
Aures Inge			X	Franke Anne			
				Freller Karl			
Bachhuber Martin		X		Friedl Hans			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Friedl Patrick	X		
Bauer Volker				Fuchs Barbara	X		
Baumgärtner Jürgen				Füracker Albert			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bayerbach Markus				Gehring Thomas	X		
Becher Johannes				Gerlach Judith			
Becker Barbara		X		Gibis Max		X	
Beißwenger Eric		X		Glauber Thorsten			
Bergmüller Franz		X		Gotthardt Tobias		X	
Blume Markus				Gottstein Eva			
Böhm Martin				Graupner Richard		X	
Bozoglu Cemal	X			Grob Alfred			
Brandl Alfons				Güller Harald			
Brannekämper Robert				Guttenberger Petra		X	
von Brunn Florian							
Dr. Büchler Markus	X			Häusler Johann			
Busch Michael				Hagen Martin			X
				Prof. Dr. Hahn Ingo			
Celina Kerstin	X			Halbleib Volkmar			
Dr. Cyron Anne				Hartmann Ludwig			
				Hauber Wolfgang		X	
Deisenhofer Maximilian				Haubrich Christina			
Demirel Gülseren	X			Hayn Elmar			
Dorow Alex				Henkel Uli			
Dremel Holger		X		Herold Hans			
Düinkel Norbert		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Duin Albert			X	Herrmann Joachim			
				Dr. Herz Leopold		X	
Ebner-Steiner Katrin		X		Dr. Heubisch Wolfgang			X
Eck Gerhard				Hierneis Christian			
Eibl Manfred		X		Hiersemann Alexandra			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hintersberger Johannes			
Eisenreich Georg				Högl Petra		X	
Enders Susann		X		Hofmann Michael		X	
Enghuber Matthias		X		Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Dr. Kaltenhauser Helmut			X
Kaniber Michaela			
Karl Annette			X
Kirchner Sandro			
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			X
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha			X
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			
Pohl Bernhard			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			X
Regitz Barbara			
Reiß Tobias			
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian			X
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika			X
Sauter Alfred			
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			X
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph			X
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik			X
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian			
Dr. Strohmayr Simone			X
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen			
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	20	64	19

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2022 zu Tagesordnungspunkt 11: Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel, Ulrich Singer u. a. und Fraktion AfD; Haushaltsplan 2022; hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen (Kap. 09 40 Tit. 750 00) (Drucksache 18/20967)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Atzinger Oskar	X		
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal		X	
Brandl Alfons			
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian			
Dr. Büchler Markus		X	
Busch Michael			
Celina Kerstin		X	
Dr. Cyron Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren		X	
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin	X		
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Faltermeier Hubert			
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian		X	
Franke Anne		X	
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick		X	
Fuchs Barbara		X	
Füracker Albert		X	
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard	X		
Grob Alfred			
Güller Harald			
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin			
Prof. Dr. Hahn Ingo			
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Hayn Elmar			
Henkel Uli			
Herold Hans			
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro			
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia		X	
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin			
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias			
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred			
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans			
Vogel Steffen			
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas	X		
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	11	97	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2022 zu Tagesordnungspunkt 11: Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Arif Tasdelen u. a. SPD; Haushaltsplan 2022; hier: Bayerische Städtebauförderung - Kahlschlag stoppen. (Kap. 09 05 Tit. 883 88) (Drucksache 18/20694)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adje Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons			
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian			
Dr. Büchler Markus			
Busch Michael			
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert			X
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Faltermeier Hubert			
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias			X
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred			
Güller Harald			
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin			X
Prof. Dr. Hahn Ingo			
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Hayn Elmar			
Henkel Uli			
Herold Hans			
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Dr. Kaltenhauser Helmut			X
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro			
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			X
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias			
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika			X
Sauter Alfred			
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph			X
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik			X
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen			
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	30	69	8

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 11

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 09

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Arif Taşdelen u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Schwimmbadförderung reformieren. Mittel aufstocken und Förderquote erhöhen
(Kap. 09 03 Tit. 883 05)
Drs. 18/20691
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Natascha Kohnen, Inge Aures u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Neuer Wohnraum für Obdach- und Wohnungslose in Bayern
(Kap. 09 04 TG 65-70)
Drs. 18/20693
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Arif Taşdelen u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Bayerische Städtebauförderung – Kahlschlag stoppen.
(Kap. 09 05 Tit. 883 88)
Drs. 18/20694
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Öffentlicher Personennahverkehr – Kostenloses Sozialticket für Bedürftige
(Kap. 09 06 neue TG)
Drs. 18/20695
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Radverkehr ausbauen – mehr Fahrradabstellanlagen in Bayern
(Kap. 09 06 Tit. 883 80)
Drs. 18/20696

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Öffentlicher Personennahverkehr – 365-Euro-Ticket und darüber hinaus kostenloses Schülerinnen-, Schüler-, Azubi- und Studierendenticket
(Kap. 09 06 Tit. 633 63 und Tit. 683 63)
Drs. 18/20697
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Bayerische Eisenbahngesellschaft und SPNV-Angebot stärken
(Kap. 09 07 Tit. 683 51)
Drs. 18/20698
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Reaktivierungen von Eisenbahnstrecken voranbringen
(Kap. 09 07 Tit. 891 71)
Drs. 18/20699
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Elektrifizierung des bayerischen Schienennetzes verstärken
(Kap. 09 07 Tit. 891 75)
Drs. 18/20700
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Öffentlicher Personennahverkehr – Kostenloses Seniorinnen- und Seniorenticket
(Kap. 09 06 neue TG)
Drs. 18/20701
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Arbeit der Staatlichen Bauämter mit Personal unterstützen
(Kap. 09 40 Tit. 422 01 und Tit. 428 01)
Drs. 18/20702
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Haltung von Dienstfahrzeugen
(Kap. 09 01 Tit. 514 01)
Drs. 18/20733

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume
(Kap. 09 01 Tit. 517 01)
Drs. 18/20734
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft
(Kap. 09 01 Tit. 517 05)
Drs. 18/20735
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume
(Kap. 09 01 Tit. 518 01)
Drs. 18/20736
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Reisekostenvergütungen für Dienstreisen
(Kap. 09 01 Tit. 527 01)
Drs. 18/20737
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Öffentlichkeitsarbeit und sonstige Veröffentlichungen
(Kap. 09 01 Tit. 531 21)
Drs. 18/20738
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Aus-
rüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände sowie sonstige Ver-
waltungskosten
(Kap. 09 02 Tit. 511 01)
Drs. 18/20739
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Fachveröffentlichungen
(Kap. 09 02 Tit. 531 11)
Drs. 18/20740

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen
(Kap. 09 02 Tit. 532 11)
Drs. 18/20741
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Reisekostenvergütungen
(Kap. 09 02 Tit. 527 86)
Drs. 18/20742
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Ausgaben für repräsentative Verpflichtungen
(Kap. 09 03 Tit. 533 01)
Drs. 18/20743
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse zur Förderung von besonderen Planungsleistungen im Bereich BIM sowie Zuschüsse an das "BIM Cluster Bayern"
(Kap. 09 03 Tit. 686 70)
Drs. 18/20744
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zur Verstärkung der Mittel für Photovoltaikanlagen auf allen staatlichen Gebäuden
(Kap. 09 03 Tit. 701 61)
Drs. 18/20745
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zur Verstärkung der Mittel für die Dach- und Fassadenbegrünung des staatlichen Gebäudebestands
(Kap. 09 03 Tit. 701 62)
Drs. 18/20746
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse zur Einführung der digitalen Baugenehmigung
(Kap. 09 03 Tit. 883 70)
Drs. 18/20747

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für die unteren Bauaufsichtsbehörden zur Erneuerung der Hard- und Software
(Kap. 09 03 neuer Tit.)
Drs. 18/20748
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für das Baukindergeld BayernPlus
(Kap. 09 04 Tit. 893 05)
Drs. 18/20749
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse des Landes an Gemeinden für Maßnahmen im Rahmen des Bayerischen Städtebauförderungsprogramms und für sonstige städtebauliche Maßnahmen
(Kap. 09 05 Tit. 883 88)
Drs. 18/20750
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Leistungen an Eisenbahnverkehrsunternehmen zur Einführung eines verbundweiten 365-Euro-Tickets
(Kap. 09 06 Tit. 683 63)
Drs. 18/20751
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Leistungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Einführung eines verbundweiten 365-Euro-Tickets
(Kap. 09 06 Tit. 633 63)
Drs. 18/20752
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für Verkehrsbetriebe, Infrastrukturunternehmen, Aufgabenträger und Verbände für Maßnahmen zur Digitalisierung und Vernetzung im Verkehr
(Kap. 09 06 Tit. 892 70)
Drs. 18/20753
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Leistungen an Eisenbahninfrastrukturunternehmen für barrierefreie Eisenbahnverkehrsstationen
(Kap. 09 06 Tit. 891 52)
Drs. 18/20754

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kapitalzuführung an die BayernHeim GmbH
(Kap. 09 Anlage B Tit. 831 01)
Drs. 18/20755
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr
(Kap. 09 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/20834
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
(Kap. 09 02 neuer Tit.)
Drs. 18/20835
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Verstärkung der Mittel für Maßnahmen für energetische Sanierungen von staatlichen Gebäuden aller Einzelpläne
(Kap. 09 03 Tit. 701 60)
Drs. 18/20836
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sanierung von Schwimmbädern
(Kap. 09 03 Tit. 883 05)
Drs. 18/20837
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Vorfahrt für den sozialen Wohnungsbau - Wohnraumförderung aufstocken
(Kap. 09 04 Tit. 863 69 und Tit. 893 68)
Drs. 18/20838
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kommunalen Wohnungsbau unterstützen
(Kap. 09 04 Tit. 883 11)
Drs. 18/20839

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Ländlichen Raum stärken – Bayerisches Städtebauförderungsprogramm aufstocken
(Kap. 09 05 Tit. 883 88)
Drs. 18/20840
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Mittel für bedarfsorientierte Bedienformen im ÖPNV erhöhen
(Kap. 09 06 Tit. 633 60)
Drs. 18/20841
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Radverkehr: Zuschüsse, Beiträge und vertragliche Leistungen an Initiativen
(Kap. 09 06 Tit. 686 80)
Drs. 18/20842
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Streckenreaktivierungen fördern
(Kap. 09 06 Tit. 891 56)
Drs. 18/20843
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: flächendeckende Verkehrsverbünde
(Kap. 09 06 Tit. 894 70)
Drs. 18/20844
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Radschnellverbindungen in der Baulast des Freistaates Bayern
(Kap. 09 06 TG 80 neuer Tit.)
Drs. 18/20845
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Errichtung von Fahrradabstellanlagen
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/20846

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Vergabe von Leistungen zur Planung eines Radverkehrsnetzes sowie Lückenschlüsse für den Alltagsradverkehr
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/20847
49. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Aus- und Nachrüstung der landeseigenen Nutzfahrzeuge mit einem Abbiegeassistenzsystem
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/20848
50. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse an Gemeinden, Gemeindeverbände und Verkehrsbetriebe für die Förderung von Elektrobussen
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/20849
51. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Trassensicherungsverträge
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/20850
52. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Fußverkehr: Zuschüsse, Beiträge und vertragliche Leistungen an Initiativen, Förderung der Kommunen
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/20851
53. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Mehr Züge bestellen
(Kap. 09 07 Tit. 683 51)
Drs. 18/20852
54. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Elektrifizierung des Schienenverkehrs
(Kap. 09 07 Tit. 891 75)
Drs. 18/20853

55. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Hochschulbau beschleunigen
(Kap. 09 40 Tit. 422 01)
Drs. 18/20854
56. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen
(Kap. 09 40 Tit. 750 00)
Drs. 18/20855
57. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bayerische Klimaschutzoffensive I – Verstärkung der Mittel für Maßnahmen für energetische Sanierungen von staatlichen Gebäuden aller Einzelpläne
(Kap. 09 03 Tit. 701 60)
Drs. 18/20951
58. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bayerische Klimaschutzoffensive II – Verstärkung der Mittel für Photovoltaikanlagen auf allen staatlichen Gebäuden
(Kap. 09 03 Tit. 701 61)
Drs. 18/20952
59. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bayerische Klimaschutzoffensive III – Verstärkung der Mittel für die Dach- und Fassadenbegrünung des staatlichen Gebäudebestands
(Kap. 09 03 Tit. 701 62)
Drs. 18/20953
60. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bayerische Klimaschutzoffensive IV – Bau von Ladesäulen und staatlichen Dienststellen
(Kap. 09 03 Tit. 701 63)
Drs. 18/20954
61. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse des Landes für die einkommensorientierte Förderung des Wohnungsbaues gemäß § 88e II. WoBauG, WoFG und BayWoFG
(Kap. 09 04 Tit. 681 55)
Drs. 18/20955

62. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds
(Kap. 09 04 Tit. 883 01 und Tit. 883 11)
Drs. 18/20956
63. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel, Ulrich Singer u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Modellprojekt 3D-Gebäudedruck im sozialen Wohnungsbau
(Kap. 09 04 neuer Tit.)
Drs. 18/20957
64. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Gründung und Bezuschussung von Wohnungsbaugenossenschaften
(Kap. 09 04 neuer Tit.)
Drs. 18/20958
65. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zukunftsfragen des Wohnens und der Mobilität sowie des demografischen Wandels
(Kap. 09 05 Tit. 547 01)
Drs. 18/20959
66. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erforschung städtebaulicher Verdichtungskonzepte durch Gebäudeaufstokungen im 3D-Betondruckverfahren
(Kap. 09 05 neuer Tit.)
Drs. 18/20960
67. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Beiträge an die Aktionsgemeinschaft Brennerbahn und Zuschüsse für Verkehrsplanung, Verkehrswissenschaft und internationale Verkehrsbeziehungen
(Kap. 09 06 Tit. 685 75)
Drs. 18/20961
68. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Elektrobusse I – Zuschüsse an Gemeinden, Gemeindeverbände und Verkehrsbetriebe für die Beschaffung von Elektrobussen
(Kap. 09 08 Tit. 883 03)
Drs. 18/20962

69. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände für Planung und Bau von Radschnellwegen
(Kap. 09 08 Tit. 883 07)
Drs. 18/20963
70. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse an Sonstige für Investitionen in innovative Verkehrsprojekte (u. a. Pilotprojekte) und in den (Schiene-) Güterverkehr
(Kap. 09 09 Tit. 893 80)
Drs. 18/20965
71. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Elektrobusse II – Haushaltsvermerk
(Kap. 09 09 TG 80)
Drs. 18/20966
72. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel, Ulrich Singer u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen
(Kap. 09 40 Tit. 750 00)
Drs. 18/20967
73. Änderungsantrag des Abgeordneten Franz Bergmüller und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Technische Ausstattung zur Befriedigung des erhöhten Digitalisierungsbedarf in Bauämtern zur Beschleunigung und Verbesserung insbesondere von Wohnbauvorhaben
(Kap. 09 40 neuer Tit.)
Drs. 18/20968